

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2000 — 3077

[C – 2000/33100]

23. OKTOBER 2000 — Programmdekret 2000 (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — Allgemeines

Abschnitt 1 — Abänderung des Programmdekretes vom 4. März 1996

Artikel 1 - Abänderung des Artikels 2 des Programmdekretes vom 4. März 1996.

In Artikel 2 des Programmdekretes vom 4. März 1996 werden folgende Wörter gestrichen:

« sowie für das Gemeinschaftliche und Regionale Amt für Berufsausbildung und Arbeitsbeschaffung ».

Art. 2 - Ergänzung des Kapitels I des Programmdekretes vom 4. März 1996.

In das Programmdekret vom 4. März 1996 wird ein Artikel *2bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

« Artikel *2bis* - Die Artikel 1 und 2 sind nur anwendbar auf Auszahlungen, deren Jahresbetrag 120.000 F überschreitet. »

Abschnitt 2 — Anrechte für Subventionen bis 3.000 F

Art. 3 - Subventionen bis 3.000 F

In Abweichung aller anderslautender Vorschriften besteht kein Anrecht auf die Auszahlung von Subventionen für Funktions- und Personalkosten, deren jährlicher Betrag 3.000 F nicht überschreitet.

KAPITEL II — Unterrichtswesen

Abschnitt 1 — Abänderung des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums

Art. 4 - Mutterschaftsurlaub

Artikel 71 des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Auf Antrag des betroffenen Personalmitgliedes ist der Träger verpflichtet, ihm frühestens ab der siebten Woche vor dem voraussichtlichen Datum der Entbindung beziehungsweise ab der neunten Woche, wenn eine Mehrlingsgeburt vorgesehen ist, Urlaub zu gewähren. »

2. Absatz 2 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Spätestens acht Wochen vor dem voraussichtlichen Datum der Entbindung beziehungsweise zehn Wochen, wenn eine Mehrlingsgeburt vorgesehen ist, händigt das Personalmitglied dem Träger ein ärztliches Attest aus, das dieses Datum bestätigt. »

3. Absatz 5 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Die Arbeitsunterbrechung wird auf Antrag des Personalmitgliedes über die achte Woche hinaus verlängert, und zwar um eine Periode, deren Dauer der Periode entspricht, während der das Personalmitglied ab der siebten Woche vor dem effektivem Datum der Entbindung beziehungsweise ab der neunten Woche vor dem Datum der effektiven Entbindung, wenn eine Mehrlingsgeburt vorgesehen ist, weiter gearbeitet hat. Diese Dauer wird im Falle einer Frühgeburt um die Anzahl Tage verringert, an denen das Personalmitglied im Laufe der siebentägigen Periode vor dem Tag der Entbindung gearbeitet hat. »

Abschnitt 2 — Abänderung des Königlichen Erlasses Nummer 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren

Art. 5 - Erforderliche Dienstjahre — Berechnung des Wartegehalts

Artikel 8 des Königlichen Erlasses Nummer 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 1996, wird wie folgt abgeändert:

1. In Artikel 8 § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "mindestens dreißig Dienstjahre" durch die Wortfolge "mindestens zwanzig Dienstjahre" ersetzt.

2. In Artikel 8 § 2 wird hinter Absatz 1 ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

« In Abweichung von Absatz 1 erfolgt die Berechnung des Wartegehalts für die Personalmitglieder der Kategorie Direktions- und Lehrpersonal im Grundschulwesen, die den erforderlichen Befähigungsnachweis besitzen, ab dem 1. September 2001 in Einundfünfzigstel, ab dem 1. September 2002 in Zweiundfünfzigstel, ab dem 1. September 2003 in Dreiundfünfzigstel, ab dem 1. September 2004 in Vierundfünfzigstel und ab dem 1. September 2005 in Fünfundfünfzigstel. »

Art. 6 - Abänderung von Artikel 9 des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984

In Artikel 9 desselben Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 1996 und abgeändert durch das Programmdekret vom 29. Juni 1998, wird in Absatz 2 im ersten Satz die Wortfolge "oder in den Zentren der mittelständischen Ausbildung, in der Musikakademie der Deutschsprachigen Gemeinschaft, im Gemeinschaftlichen und Regionalen Amt für Arbeitsbeschaffung und Ausbildung oder in den landwirtschaftlichen Ausbildungszentren" gestrichen.

Art. 7 - Halbzeitige Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen

Artikel 10 desselben Königlichen Erlasses Nummer 297 vom 31. März 1984, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 1996 und abgeändert durch das Programmdekret vom 29. Juni 1998, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Absatz 1 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Die in Artikel 7 angeführten Personalmitglieder, die sich im aktiven Dienst befinden oder aus Krankheitsgründen zur Disposition stehen und die ein Anwerbungs- oder Auswahlamt bekleiden, können aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand teilweise zur Disposition gestellt werden, wenn sie das Alter von fünfundfünfzig Jahren erreicht haben und mindestens zwanzig Dienstjahre zählen, unter der Bedingung, dass sie keine Ruhestandspension zu Lasten der Staatskasse beziehen können. »

2. § 2 Absatz 2 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Für die in Artikel 7 angeführten Personalmitglieder, die zwischen dem ersten Schultag des Schuljahres 1996-1997 und dem 1. September 1999 aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand zur Disposition gestellt worden sind, wird das im vorhergehenden Absatz angeführte Wartegehalt ab dem ersten Tag des Monats, der dem Monat folgt, in dem das Personalmitglied 58 Jahre alt wird, um 20% erhöht. »

3. § 4 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« § 4 - Diese Personalmitglieder können auf Anfrage hin zu Beginn eines Schuljahres die in den vorhergehenden Paragraphen angeführte Zurdispositionstellung in die in Artikel 8 § 1 und § 2 angeführte Zurdispositionstellung umwandeln.

Für die in § 2 Absatz 2 angeführten Personalmitglieder gelten die in Artikel 8 § 3 angeführten günstigen Bedingungen.

Der Antrag wird mindestens dreißig Tage vor Beginn der Zurdispositionstellung durch Vermittlung des Direktors beziehungsweise des Schulleiters beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingereicht. »

Abschnitt 3 — Abänderung des Dekretes vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden

Art. 8 - Einfügung eines neuen Kapitels

Im Dekret vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Sonderschulwesen festgelegt werden, wird ein Kapitel IVbis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

« Kapitel IVbis — *Übertragung von Stundenkapital* »

Art. 9 - Einfügung eines neuen Artikels

Im selben Dekret wird ein Artikel 53bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

« Artikel 53bis § 1 - Im Sekundarschulwesen kann innerhalb einer Unterrichtseinrichtung das Stundenkapital von einer Personalkategorie zu einer anderen übertragen werden.

§ 2 - Die Übertragung darf nicht zur Folge haben, dass Personalmitglieder wegen Stellenmangels zur Disposition gestellt werden.

Eine definitive Ernennung oder definitive Einstellung ist nicht zulässig für eine Stelle oder Teile einer Stelle, die in Anwendung von § 1 geschaffen wurde. »

Abschnitt 4 — Abänderung des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen

Art. 10 - Abänderung von Artikel 15 des Grundschuldekretes

In Artikel 15 § 1 des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen wird Absatz 2 ersatzlos gestrichen.

In § 2 Absatz 2 wird ein letzter Satz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

« Bei Stillschweigen der Inspektion gilt der Schulwechsel als genehmigt. »

Art. 11 - Abänderung von Artikel 30 des Grundschuldekretes

Artikel 30 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 30 - Höhe der Funktionssubventionen

§ 1 - Für den Kindergarten beläuft sich der Betrag der Funktionssubvention auf 6.700 F pro Schüler.

Stichtag für die Berechnung ist der letzte Schultag des Monats September. Berücksichtigt werden die regulären Vorschüler, die bis zu diesem Tag an mindestens zehn Schultagen halbtags anwesend waren.

§ 2 - Für die Primarschule beläuft sich der Betrag der Funktionssubvention auf 9.000 F pro Schüler.

Stichtag für die Berechnung ist der letzte Schultag des Monats September. Berücksichtigt werden die regulären Primarschüler und die in Artikel 29 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen angeführten Schüler mit erhöhtem Förderbedarf, die eine Regelprimarschule besuchen und wöchentlich während mindestens 14 Unterrichtsstunden dem Unterricht folgen.

§ 3 - Für eine Mittagsaufsicht, die gemäß Artikel 77 § 1 organisiert wird, erhält der Schulträger pro Niederlassung für die erste angefangene Gruppe von 75 regulären Schülern eine Subvention in Höhe von 292 F, wenn der Aufseher Inhaber eines pädagogischen Befähigungsnachweises ist, beziehungsweise eine Subvention in Höhe von 219 F, wenn der Aufseher nicht Inhaber eines pädagogischen Befähigungsnachweises ist.

Zählt die Schule beziehungsweise Niederlassung mehr als 75 reguläre Schüler, hat der Schulträger für jede zusätzliche angefangene Gruppe von 75 regulären Schülern Anrecht auf einen weiteren Subventionsbetrag in Höhe der in Absatz 1 festgelegten Beträge, wenn er für die Mittagsaufsicht zusätzliche Aufseher verpflichtet.

Stichtag für die Berechnung ist der letzte Schultag des Monats September. Berücksichtigt werden die in §§1 und 2 erwähnten Vorschüler und Schüler.

§ 4 - Die in §§ 1 bis 3 festgelegten Beträge der Funktionssubventionen werden jedes Jahr im Monat September entsprechend der Entwicklung des Verbraucherpreisindexes erhöht oder vermindert.

Als Basisindex gilt der Index des Monats September 1998 (102,7). Für die Berechnung der Anpassung wird jeweils der Index des Monats September des Vorjahres berücksichtigt. »

Art. 12 - Abänderung von Artikel 33 des Grundschuldekretes

Artikel 33 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 33 - Gründung einer Primarschule

§ 1 - Unbeschadet des Artikels 6 des Gesetzes vom 30. Juli 1963 über die Regelung des Sprachgebrauchs im Unterrichtswesen wird eine Primarschule im Gründungsjahr ab dem ersten Tag des Schuljahres organisiert oder subventioniert, wenn sie am letzten Schultag des Monats September mindestens 75 schulpflichtige reguläre Primarschüler zählt.

Erreicht die Primarschule die entsprechende Norm nicht, wird sie ab dem 1. Oktober geschlossen beziehungsweise nicht subventioniert. In diesem Fall trägt der Schulträger die bis Ende September entstandenen Funktions- und Gehaltskosten.

§ 2 - Eine gemäß § 1 gegründete Primarschule muss die entsprechende Gründungsnorm im zweiten, dritten und vierten Jahr ihres Bestehens erfüllen. Stichtag ist jeweils der letzte Schultag des Monats Januar des vorhergehenden Schuljahres.

Erreicht die Primarschule die entsprechende Norm nicht, wird sie ab dem ersten Tag des laufenden Schuljahres geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert. »

Art. 13 - Abänderung von Artikel 34 des Grundschuldekretes

Artikel 34 § 2 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

« § 2 - Ein gemäß § 1 gegründeter Kindergarten muss die entsprechenden Bedingungen im zweiten, dritten und vierten Jahr seines Bestehens erfüllen. Berücksichtigt werden die in § 1 erwähnten Vorschüler, die während des Monats Januar des vorhergehenden Schuljahres an mindestens fünf Schultagen halbtags im betreffenden Kindergarten anwesend waren.

Erfüllt der Kindergarten die in Absatz 1 festgelegte Bedingung nicht, wird er ab dem ersten Tag des laufenden Schuljahres geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert. »

Art. 14 - Abänderung von Artikel 35 des Grundschuldekretes

Artikel 35 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 35 - Schließung und Wiedereröffnung einer Primarschule

Unbeschadet von Artikel 33 wird eine Primarschule, die am letzten Schultag des Monats Januar des vorhergehenden Schuljahres keine zwölf reguläre Primarschüler zählt, ab dem ersten Tag des laufenden Schuljahres geschlossen beziehungsweise nicht subventioniert.

Unbeschadet von Artikel 33 kann eine Primarschule, die geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert wurde, ab dem zweiten Jahr nach der Schließung innerhalb von neun Jahren ab dem ersten Tag des Schuljahres wieder eröffnet beziehungsweise subventioniert werden, wenn sie am letzten Schultag des Monats September zwölf reguläre Schüler zählt.

Erreicht die Primarschule die entsprechende Norm nicht, wird sie ab dem 1. Oktober geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert. In diesem Fall trägt der Schulträger die bis Ende September entstandenen Gehalts- und Funktionskosten. »

Art. 15 - Abänderung von Artikel 36 des Grundschuldekretes

Artikel 36 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 36 - Schließung und Wiedereröffnung eines Kindergartens

§ 1 - Ein Kindergarten, der am letzten Schultag des Monats Januar des vorhergehenden Schuljahres keine sechs Vorschüler zählt, wird ab dem ersten Tag des laufenden Schuljahres geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert.

Berücksichtigt werden die regulären Schüler, die ihren Wohnsitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben und während des Monats Januar an mindestens fünf Schultagen halbtags anwesend waren.

§ 2 - Unbeschadet von Artikel 34 kann ein Kindergarten, der geschlossen beziehungsweise nicht mehr subventioniert wurde, ab dem zweiten Jahr nach der Schließung innerhalb von neun Jahren ab dem ersten Tag des Schuljahres wieder eröffnet beziehungsweise subventioniert werden, wenn er am letzten Schultag des Monats September mindestens sechs Vorschüler zählt.

Erfüllt der Kindergarten die in Absatz 1 festgelegte Bedingung nicht, wird er ab dem 1. Oktober geschlossen beziehungsweise nicht subventioniert. In diesem Fall trägt der Schulträger die bis Ende September entstandenen Gehalts- und Funktionskosten.

Berücksichtigt werden die regulären Schüler, die ihren Wohnsitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben und bis zum letzten Schultag des Monats September an mindestens zehn Schultagen halbtags anwesend waren.

§ 3 - In Abweichung von § 1 Absatz 2 und § 2 Absatz 3 werden auch die Schüler berücksichtigt, die ihren Wohnsitz im Zuständigkeitsgebiet einer in- oder ausländischen Gebietskörperschaft des öffentlichen Rechts haben, falls diese Körperschaft sich anteilmäßig an den Personal- und Funktionskosten beteiligt, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft für diesen Kindergarten entstehen, unter der Bedingung, dass diese Beteiligung Gegenstand einer schriftlichen Vereinbarung ist. »

Art. 16 - Abänderung von Artikel 38 des Grundschuldekretes

Artikel 38 § 1 Absatz 1 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

« Jede Schule kann mit einer oder mehreren anderen Schulen fusionieren. Eine Fusion tritt am ersten Tag eines Schuljahres ohne Rückwirkung in Kraft. »

Art. 17 - Abänderung von Artikel 44 des Grundschuldekretes

Artikel 44 Absatz 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

« Stichtag für die Berechnung ist der letzte Schultag des Monats Januar des vorhergehenden Schuljahres. »

Art. 18 - Abänderung von Artikel 45 des Grundschuldekretes

Artikel 45 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 45 - Art der Zählung

Folgende Schüler werden zusammengezählt:

1. die regulären Vorschüler, die während des Monats Januar an mindestens fünf Schultagen halbtags anwesend waren;
2. die regulären Primarschüler;
3. die in Artikel 29 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen angeführten Schüler mit erhöhtem Förderbedarf, die eine Regelprimarschule besuchen und dem Unterricht wöchentlich während mindestens 14 Unterrichtsstunden folgen. »

Art. 19 - Abänderung von Artikel 49 des Grundschuldekretes

Artikel 49 Absatz 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

« Stichtag für die Berechnung ist der letzte Schultag des Monats Januar des vorhergehenden Schuljahres. »

Art. 20 - Abänderung von Artikel 50 des Grundschuldekretes

Artikel 50 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 50 - Art der Zählung

Folgende Schüler werden zusammengezählt:

1. die regulären Vorschüler, die während des Monats Januar an mindestens fünf Schultagen halbtags anwesend waren;
2. die regulären Primarschüler;
3. die in Artikel 29 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen angeführten Schüler mit erhöhtem Förderbedarf, die eine Regelprimarschule besuchen und dem Unterricht wöchentlich während mindestens 14 Unterrichtsstunden folgen. »

Art. 21 - Abänderung von Artikel 55 des Grundschuldekretes

Artikel 55 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 55 - Stichtag und zu berücksichtigende Schüler

Stichtag für die Berechnung ist der letzte Schultag des Monats Januar des vorhergehenden Schuljahres. Berücksichtigt werden die regulären Vorschüler, die während des Monats Januar des vorhergehenden Schuljahres an mindestens fünf Schultagen halbtags anwesend waren. »

Art. 22 - Abänderung von Artikel 56 des Grundschuldekretes

Artikel 56 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 56 - Neuberechnung des Stellenkapitals im Laufe des Schuljahres

§ 1 - Am letzten Schultag des Monats September erfolgt eine Neuberechnung des Stellenkapitals.

Berücksichtigt werden die regulären Vorschüler, die bis zum letzten Schultag des Monats September des laufenden Schuljahres an mindestens zehn Schultagen halbtags anwesend waren.

§ 2 - Auf Antrag des Schulträgers erfolgt am letzten Schultag des Monats März eine Neuberechnung des Stellenkapitals.

Berücksichtigt werden die regulären Vorschüler, die während des Monats März des laufenden Schuljahres an mindestens zehn Schultagen halbtags anwesend waren. »

Art. 23 - Abänderung von Artikel 57 des Grundschuldekretes

Artikel 57 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 57 - Verwendungsdauer

§ 1 - Das gemäß Artikel 53 bis 55 ermittelte Stellenkapital steht für das laufende Schuljahr zur Verfügung.

§ 2 - Das gemäß Artikel 53, 54 und 56 § 1 ermittelte Stellenkapital steht vom 1. Oktober bis zum letzten Tag des laufenden Schuljahres zur Verfügung, falls die Berechnung mindestens eine Vollzeitstelle mehr oder weniger ergibt als das Stellenkapital, das dem Schulträger am ersten Schultag für die betreffende Niederlassung gewährt wurde.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Schulträger bereits am ersten Schultag auf das in Absatz 1 erwähnte Stellenkapital zurückgreifen. Stehen dem Schulträger auf Grund der erfolgten Neuberechnung weniger Stellen zur Verfügung als er am ersten Schultag eingerichtet hat, gehen diese Stellen zu Lasten des Schulträgers.

§ 3 - Das gemäß Artikel 53, 54 und 56 § 2 ermittelte Stellenkapital steht vom 1. April bis zum letzten Schultag zur Verfügung, falls die Berechnung mindestens eine Vollzeitstelle mehr ergibt als das Stellenkapital, das dem Schulträger am 1. Oktober für die betreffende Niederlassung gewährt wurde. »

Art. 24 - Abänderung von Artikel 58 des Grundschuldekretes

Artikel 58 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 58 – Stellenanzahl

Im Primarschulwesen erhält der Schulträger entsprechend der Schülerzahl folgende Anzahl Stellen:

Schüler	Vollzeitstellen
bis 15	1,25
16-20	1,5
21-25	2
26-30	2,25

Für jede weitere angefangene Gruppe von fünf Schülern: eine zusätzliche Viertelstelle. »

Art. 25 - Abänderung von Artikel 60 des Grundschuldekretes

Artikel 60 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 60 - Stichtag und zu berücksichtigende Schüler

Stichtag für die Berechnung des Stellenkapitals ist der letzte Schultag des Monats Januar des vorhergehenden Schuljahres.

Berücksichtigt werden die regulären Primarschüler sowie die in Artikel 29 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen angeführten Schüler mit erhöhtem Förderbedarf, die eine Regelprimarschule besuchen und dem Unterricht wöchentlich während mindestens 14 Unterrichtsstunden folgen. »

Art. 26 - Einfügung eines Artikels 60bis ins Grundschuldekret

Im selben Dekret wird ein Artikel 60bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

« Artikel 60bis - Neuberechnung des Stellenkapitals im Laufe des Schuljahres

Am letzten Schultag des Monats September erfolgt eine Neuberechnung des Stellenkapitals.

Berücksichtigt werden die regulären Primarschüler sowie die in Artikel 29 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen angeführten Schüler mit erhöhtem Förderbedarf, die eine Regelprimarschule besuchen und dem Unterricht wöchentlich während mindestens 14 Unterrichtsstunden folgen. »

Art. 27 - Abänderung von Artikel 61 des Grundschuldekretes

Artikel 61 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 61 - Verwendungsdauer

§ 1 - Das gemäß Artikel 58 bis 60 ermittelte Stellenkapital steht für das laufende Schuljahr zur Verfügung.

§ 2 - Das gemäß Artikel 58, 59 und 60bis ermittelte Stellenkapital steht vom 1. Oktober bis zum letzten Tag des laufenden Schuljahres zur Verfügung, falls die Berechnung mindestens eine Vollzeitstelle mehr oder weniger ergibt als das Stellenkapital, das dem Schulträger am ersten Schultag für die betreffende Niederlassung gewährt wurde.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Schulträger bereits am ersten Schultag auf das in Absatz 1 erwähnte Stellenkapital zurückgreifen. Stehen dem Schulträger auf Grund der erfolgten Neuberechnung weniger Stellen zur Verfügung als er am ersten Schultag eingerichtet hat, gehen diese Stellen zu Lasten des Schulträgers. »

Art. 28 - Abänderung von Artikel 62 des Grundschuldekretes

Artikel 62 § 1 Absatz 1 desselben Dekretes wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

« Das gemäß Abschnitt 3 des vorliegenden Kapitels ermittelte Stellenkapital kann von einer Schule zu einer anderen, von einer Schulebene zu einer anderen, von einer Niederlassung zu einer anderen und von einer Sprachabteilung zu einer anderen übertragen werden. Davon ausgenommen ist das gemäß Artikel 53, 54 und 56 § 2 ermittelte Stellenkapital. »

Art. 29 - Abänderung von Artikel 67 des Grundschuldekretes

Artikel 67 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 67 - Unbeschadet von Artikel 70 § 1 Absatz 3 und 4 ist der Stichtag für die Schülerzählung der letzte Schultag des Monats September. Berücksichtigt werden die regulären Primarschüler.

Art. 30 - Abänderung von Artikel 70 des Grundschuldekretes

Artikel 70 § 1 Absatz 1 desselben Dekretes wird durch die zwei folgenden Absätze ersetzt:

« § 1 - Das gemäß Artikel 65 bis 69 ermittelte Stellenkapital steht vom 1. Oktober des laufenden bis zum 30. September des darauffolgenden Schuljahres zur Verfügung.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Schulträger bereits am ersten Tag des Schuljahres zusätzliche Kurse für den Unterricht in Religion beziehungsweise nichtkonfessioneller Sittenlehre einrichten, wobei die Kurse, die am 1. Oktober auf Grund der erfolgten Berechnung weniger zur Verfügung stehen, zu seinen Lasten gehen. »

Art. 31 - Einfügung eines Artikels 84bis ins Grundschuldekret

Im selben Dekret wird ein Artikel 84bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

« Artikel 84bis - Übergangsbestimmung bezüglich der Berechnung des Stellenkapitals für Religion und nichtkonfessionelle Sittenlehre

Im Schuljahr 2000-2001 gilt für den Zeitraum vom ersten Tag des Schuljahres bis zum 30. September das Stellenkapital für Religion und nichtkonfessionelle Sittenlehre, das dem Schulträger im Schuljahr 1999-2000 gewährt wurde. »

Abschnitt 5 — Abänderung des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen

Art. 32 - Abänderung von Artikel 34 des Grundlagendekretes

In Artikel 34 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regelschulen, abgeändert beziehungsweise eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 1999, wird nach Absatz 2 ein neuer Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

« In außergewöhnlichen Fällen können die Erziehungsberechtigten in Abweichung von Absatz 2 einen begründeten Antrag auf Abänderung der Wahl nach dem dritten Arbeitstag vor Beginn des Schuljahres über den Leiter der Schule bei der Inspektion einreichen. Dieser Antrag enthält das Gutachten des Leiters der Schule. Die Inspektion entscheidet innerhalb von fünf Tagen über den Antrag. Die Abänderung der Wahl kann erst nach Erhalt der Genehmigung erfolgen. Bei Stillschweigen der Inspektion gilt der Antrag als genehmigt. »

Abschnitt 6 — Einrichtung von Pilotprojekten

Art. 33 - Pilotprojekte in der dritten Stufe des Sekundarunterrichts

Im Rahmen eines Pilotprojekts kann die Regierung einer Sekundarschule eine bestimmte Anzahl Stunden gewähren, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. es müssen mindestens vier Schüler eingeschrieben sein;
2. die Ausbildung muss in Zusammenarbeit mit einer anderen juristischen Person des öffentlichen Rechts stattfinden. Mindestens 25% der Ausbildung werden seitens dieser juristischen Person organisiert und der Deutschsprachigen Gemeinschaft entstehen für diesen Teil keine Personalkosten;
3. die Ausbildung wird im Rahmen eines siebten Spezialisierungs- oder Fortbildungsjahres des technischen Unterrichts angeboten, das gemäß Artikel 4 § 1 Nummer 3 des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 organisiert wird;
4. die Gesamtdauer des Pilotprojektes darf zwei Schuljahre nicht überschreiten.

Die Regierung kann weitere Bedingungen festlegen.

Abschnitt 7 — Verteilung eines Teils des im Schuljahr 1999-2000 erwirtschafteten Stundenkapitals der Sekundarabteilung des Königlichen Athenäums Bütgenbach an die anderen Sekundarschulen des Gemeinschaftsunterrichtswesens

Art. 34 - Verteilung des Stundenkapitals der Sekundarabteilung des Königlichen Athenäums Bütgenbach

§ 1 - Das im Schuljahr 1999-2000 für das Schuljahr 2000-2001 erwirtschaftete Stundenkapital der Sekundarabteilung des Königlichen Athenäums Bütgenbach wird im laufenden und in den beiden darauffolgenden Schuljahren an die anderen Sekundarschulen des Gemeinschaftsunterrichtswesens verteilt, abzüglich:

1. der Stunden der zeitweiligen Personalmitglieder des Königlichen Athenäums Bütgenbach, die das Gemeinschaftsunterrichtswesen verlassen;
2. der Stunden, die Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens im Rahmen von Sonderaufträgen bis Ende des Schuljahres 2003-2004 infolge der Schließung erhalten.

Das gesamte Stundenkapital, das den Sekundarschulen des Gemeinschaftsunterrichtswesens im Laufe der oben erwähnten drei Schuljahre gewährt wird, darf pro Schuljahr jeweils die Zahl von 4864 Stunden infolge der in Absatz 1 angeführten Maßnahme nicht übersteigen.

§ 2 - In den Schuljahren 2001-2002 und 2002-2003 gilt die in § 1 angeführte Maßnahme, wobei allerdings höchstens 150 Stunden bzw. 120 Stunden verteilt werden.

§ 3 - In den gemäß §§ 1 und 2 zusätzlich gewährten Stunden darf nicht definitiv ernannt werden.

KAPITEL III — *Personenbezogene Angelegenheiten*

Abschnitt 1 — Jugendhilfe

Art. 35 - Wiederholte Maßnahmen

In Artikel 27 § 4 Nr. 2 des Dekretes vom 20. März 1995 über die Jugendhilfe, eingefügt durch das Dekret vom 20. Mai 1997, werden zwischen den Wörtern "Maßnahme für" und "einen anderen" die Wörter "denselben oder" eingefügt.

Art. 36 - Kostenbeteiligung bei vorläufigen Maßnahmen

In Artikel 38 desselben Dekretes wird zwischen dem zweiten und dem dritten Absatz folgender Absatz eingefügt:

« Im Rahmen der vorläufigen Maßnahmen kann der Jugendrichter die Kostenbeteiligung des Jugendlichen und der unterhaltspflichtigen Personen vorläufig und bis zur Entscheidung des Jugendgerichts im Rahmen des Verfahrens zum Grunde festlegen. Die im Rahmen des Verfahrens zum Grunde getroffene Entscheidung über die Kostenbeteiligung gilt ab dem ersten Tag der Unterbringung. »

Abschnitt 2 — Familienhilfsdienst

Art. 37 - Diplombedingungen

Artikel 3 des Dekretes vom 26. Juni 1986 zur Regelung der Zulassung der Familien- und Seniorenhilfsdienste, der Bewilligung von Zuschüssen an diese Dienste und des Beitrags des Hilfeleistungsempfängers, abgeändert durch das Dekret vom 1. März 1988, wird um folgenden Absatz ergänzt:

« Die Regierung kann auf begründeten Antrag des Dienstes eine Abweichung von den in Nr. 4 erwähnten Diplombedingungen genehmigen. Neueinstellungen können gegebenenfalls nur nach Erteilung dieser Genehmigung erfolgen. »

*Abschnitt 3 — Öffentliche Sozialhilfezentren***Art. 38** - Gehalt der Präsidenten der Öffentlichen Sozialhilfezentren

Artikel 38 Absatz 1 des Grundlagengesetzes über die Öffentlichen Sozialhilfezentren vom 8. Juli 1976, ersetzt durch das Gesetz vom 5. August 1992 und abgeändert durch das Dekret vom 2. Mai 1995, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt :

„Das Gehalt, das Urlaubsgeld und die Jahresendprämie sowie das System der Sozialen Sicherheit des Präsidenten werden durch die Regierung festgelegt. Diese dürfen nicht vorteilhafter sein als die der Schöffen der Gemeinde, in der sich der Sitz des Zentrums befindet. Die Regierung kann die diesbezüglichen Gewährungsbedingungen und -modalitäten festlegen. »

*KAPITEL IV — Kulturelle Angelegenheiten**Abschnitt 1 — Sport***Art. 39** - Zuschussberechtigte Träger von Sportanlagen

In Artikel 3 Absatz 2 des Dekretes vom 17. Februar 1992 zur Anerkennung von Sportanlagen und zur Bezuschussung ihrer Funktionskosten, abgeändert durch das Programmdekret vom 4. März 1996, werden die Wörter „Gemeinden oder“ zwischen die Wörter „ausschließlich“ und „Vereinigungen“ eingefügt.

Art. 40 - Bezuschussung von Sportmaterial

Artikel 6 Absatz 2 des Dekretes vom 20. Januar 1992 zur Gewährung von Zuschüssen für die Anschaffung von Sportmaterial wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

« Der Antragsteller muss dem Antrag drei Preisangebote beifügen, wenn der Preis 200.000 belgische Franken erreicht, anderenfalls genügt ein Preisangebot. »

Art. 41 - Begrenzung der annehmbaren Ausgaben für die Bezuschussung von lokalen Sporträten, Sportbünden und Sportgemeinschaften

In Artikel 6 § 2 Nr. 2 des Dekretes vom 17. Februar 1992 zur Anerkennung und Bezuschussung von lokalen Sporträten, Sportbünden oder Sportgemeinschaften, werden die Wörter „mit einem Höchstbetrag von 50.000 F“ zwischen die Wörter „stehen“ und „insofern“ eingefügt.

Art. 42 - Bezuschussbare Ausgaben für Sportvereine und -organisationen für Personen mit einer Behinderung

Artikel 3 des Dekretes vom 22. Juni 1993 zur Anerkennung und Bezuschussung von Sportvereinen und -organisationen sowie eines Sportverbandes für Personen mit einer Behinderung wird durch folgende Bestimmung ergänzt:

« — Kosten für die zur Durchführung von Übungsstunden erforderliche Miete“.

*Abschnitt 2 — Tourismus***Art. 43** - Funktionszuschüsse für Tourist-Info-Büros

In Artikel 4 Nr. 2 des Erlasses mit Verordnungscharakter vom 16. Juni 1980 zwecks Festlegung der Bedingungen, unter denen Werbeausschüsse oder Verkehrsvereine des Gebietes deutscher Sprache anerkannt werden und Funktionszuschüsse erhalten können, abgeändert durch das Programmdekret vom 20. Mai 1997, werden die Wörter „der 60% der zur Verfügung gestellten Mittel nicht überschreiten darf;“ gestrichen.

Art. 44 - Prämien für Ferienwohnungen

Artikel 6 § 1 Absatz 4 des Dekretes vom 23. November 1992 über Ferienwohnungen, eingefügt durch das Programmdekret vom 20. Mai 1997 wird aufgehoben.

Art. 45 - Abänderung von Artikel 36 des Dekretes vom 9. Mai 1994

Im Dekret vom 9. Mai 1994 über Unterkunfts- und Hotelbetriebe werden in Artikel 36 Absatz 3 die Worte „fünf Jahre“ durch die Worte „zehn Jahre“ ersetzt.

*Abschnitt 3 — Kultur***Art. 46** - Begrenzung der Zuschüsse für Ausrüstungsgegenstände

Artikel 6 des Erlasses mit Verordnungscharakter vom 4. Februar 1980 zwecks Festlegung der Bedingungen für die Gewährung von Zuschüssen zur Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen, die zur Ausübung einer kulturellen Tätigkeit dienen und nicht zu einer Infrastruktur gehören, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 6 - Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel ist der Höchstsatz für Ausrüstungsgegenstände auf 50% der Ausgaben festgelegt, die aufgrund des Berichtes der zuständigen Abteilung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft berücksichtigt werden können. »

Art. 47 - Anzahl Kostenvoranschläge

Artikel 7 Absatz 3 *b*) desselben Erlasses mit Verordnungscharakter wird durch folgenden Satzteil ersetzt :

« *b*) drei Kostenvoranschläge, wenn der Preis der Ausrüstungsgegenstände 200.000 F erreicht, anderenfalls genügt ein Kostenvoranschlag. » .

Art. 48 - Artikel 8 desselben Erlasses mit Verordnungscharakter wird aufgehoben.**Art. 49** - Abänderung des Dekretes vom 23. März 1992

Im Dekret vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Museen, kreativen Ateliers, regionalen Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten wird ein Artikel 10bis mit folgendem Wortlaut eingefügt :

« Artikel 10bis - Ein Tätigkeitsbericht hat erst dann einen Einfluss auf die Anzahl der zuschussberechtigten Animatoren, wenn die entsprechende Anzahl Aktivitäten, bzw. Öffnungsstunden während zwei aufeinanderfolgenden Jahren gewährleistet wurde.

Dieser Änderung wird ab dem 1. Januar des Jahres nach Einreichen des ausschlaggebenden Tätigkeitsberichts Rechnung getragen. »

Art. 50 - Aufhebung von Artikel 10 des Erlasses der Exekutive vom 6. Juli 1992

Artikel 10 des Erlasses der Exekutive vom 6. Juli 1992 zur Ausführung des Dekretes vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Museen, kreativen Ateliers, regionalen Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten wird aufgehoben.

Art. 51 - Ausrüstungsgegenstände für die Ausübung von Amateurkunst

Artikel 6 Absatz 3 Nr. 2 des Dekretes vom 18. April 1995 zur Festlegung der Bezuschussungsregelung für die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen durch Verbände und Vereine für die Ausübung von Amateurkunst wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

« 2. drei Kostenvoranschläge, wenn der Preis der Ausrüstung 200.000 F erreicht, anderenfalls genügt ein Kostenvoranschlag. »

Abschnitt 4 — Medien

Art. 52 - Beratende Mitglieder im Medienrat

In Artikel 51 § 3 des Mediendekretes vom 26. April 1999 werden nach den Worten "mit beratender Stimme" die Worte "sowie einen Ersatzvertreter oder eine Ersatzvertreterin" eingefügt.

Art. 53 - Einfügung eines neuen Artikels ins Mediendekret

Im Mediendekret vom 26. April 1999 wird ein Artikel 65bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

« Artikel 65bis - Derjenige, der Geräte, Teile von Geräten oder Computerprogramme herstellt bzw. entwirft, einführt, verkauft, vermietet, verteilt, installiert, wartet, austauscht, sie besitzt zu gewerblichen Zwecken oder ihr Inverkehrbringen in irgendeiner Weise fördert, wird mit einer Strafe von 100 bis 100.000 Franken belegt, wenn dies mit dem Ziel geschieht:

1. den Zugang zu einem Rundfunkdienst zu ermöglichen, der ausschließlich über ein Zugangsberechtigungssystem angeboten wird;
2. auf betrügerischer Weise Rundfunkprogramme zu empfangen, die über ein Kabelnetz ausgestrahlt werden.

Derjenige, der die in Absatz 1 angeführten Geräte, Teile von Geräten oder Computerprogramme kauft, mietet oder besitzt mit der in Absatz 1 Nrn. 1 und 2 angeführten Zielsetzung, wird ebenfalls mit einer Strafe von 100 bis 100.000 Franken belegt. »

KAPITEL V — Europäische Strukturfonds

Art. 54 - Zahlungen für Projekte im Rahmen der Europäischen Strukturfonds

Zur Finanzierung von Projekten im Rahmen der Europäischen Strukturfonds für den Zeitraum von 2000 bis 2006 kann die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Projektträgern Zuwendungen in Form von Vorauszahlungen, Zwischenzahlungen oder Restzahlungen gewähren.

Die Vorauszahlungen und die Zwischenzahlungen betragen jeweils höchstens 40% der im Projekthaushalt veranschlagten förderbaren Ausgaben. Die Zwischenzahlungen können frühestens nach Ablauf eines Drittels der Projektlaufzeit erfolgen.

KAPITEL VI — Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Art. 55 - Pension

Die Regierung kann das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft dazu ermächtigen, an dem durch das Gesetz vom 28. April 1958 über die Pension der Personalmitglieder gewisser Einrichtungen öffentlichen Interesses und ihrer Rechtsnachfolger eingeführten Pensionssystem teilzunehmen.

KAPITEL VII — Abänderung des Dekretes der Wallonischen Region vom 16. Juli 1998 bezüglich der Bedingungen für die Zulassung und Bezuschussung der Eingliederungsbetriebe und des Dekretes der Wallonischen Region vom 18. Juli 1997 zur Schaffung eines beruflichen Übergangsprogramms

Art. 56 - Anpassung der Definitionen im Dekret über Eingliederungsbetriebe an die Situation der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Artikel 1 des Dekretes der Wallonischen Region vom 16. Juli 1998 bezüglich der Bedingungen für die Zulassung und Bezuschussung der Eingliederungsbetriebe wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nr. 2 wird durch folgende Bestimmung ersetzt: "2. die Verwaltung: die für Beschäftigung zuständige Abteilung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft";
2. in Absatz 1 Nr. 3 und in Absatz 4 werden die Wörter "in der Wallonischen Region" ersetzt durch die Wörter "im deutschen Sprachgebiet";
3. in Absatz 1 Nr. 4, Absatz 2 Nrn. 1, 3 und 6 und in Absatz 3 wird das Wort "FOREM" durch die Wörter "Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt;
4. Absatz 2 Nr. 5 wird durch folgende Bestimmung ersetzt: "5. jeder, der im Laufe der sechs Monate vor seiner Einstellung eine Ausbildung in einem durch die Deutschsprachige Gemeinschaft anerkannten Zentrum zur Berufsausbildung durch Arbeit abgeschlossen hat;"

Art. 57 - Anpassung der Zulassungsbedingungen

Artikel 2 desselben Dekretes wird wie folgt abgeändert:

1. Nr. 1 wird aufgehoben;
2. in Nr. 2 werden die Wörter "in der Wallonischen Region" durch die Wörter "im deutschen Sprachgebiet" ersetzt;
3. in Nr. 10 werden die Wörter "sowie die mit dem Statut einer Gesellschaft mit sozialem Zweck verbundenen Verpflichtungen" aufgehoben.

Art. 58 - Aufhebung des Zulassungsausschusses für Eingliederungsbetriebe

Artikel 3 desselben Dekretes wird aufgehoben.

Art. 59 - Übertragung von Aufgaben an den Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft

In Artikel 4 desselben Dekretes werden die Wörter "Der Ausschuss" ersetzt durch die Wörter "Der Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft".

Art. 60 - Übertragung von Aufgaben an den Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Artikel 6 desselben Dekretes wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 3 werden die Wörter "des Ausschusses" ersetzt durch die Wörter "des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft".

2. In Absatz 5 werden die Wörter "dem in Artikel 3 erwähnten Ausschuss" ersetzt durch die Wörter "dem Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft".

Art. 61 - Übertragung von Aufgaben an den Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft

In Artikel 7 Absatz 5 werden die Wörter "dem in Artikel 3 erwähnten Ausschuss" ersetzt durch die Wörter "dem Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft".

Art. 62 - Übertragung von Aufgaben an den Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft

In Artikel 12 Absatz 1 werden die Wörter "dem in Artikel 3 erwähnten Ausschuss" ersetzt durch die Wörter "dem Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft".

Art. 63 - Anpassung der Bedingungen für die Bezuschussung der Eingliederungsbetriebe

Artikel 10 desselben Dekretes wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 2 werden die Wörter "auf degressive Weise" aufgehoben;

2. es wird ein Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

« In besonders begründeten Fällen kann die Regierung von den im vorigen Absatz erwähnten Beträgen aufgrund der im Zulassungsantrag enthaltenen Elemente abweichen. »

Art. 64 - Anpassung der Prämien

Artikel 11 desselben Dekretes wird wie folgt abgeändert:

1. in § 1 Absatz 2 und § 2 werden die Wörter "auf degressive Weise" aufgehoben;

2. § 1 wird um einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

« In besonders begründeten Fällen kann die Regierung von den in Absatz 3 erwähnten Beträgen aufgrund der im Zulassungsantrag enthaltenen Elemente abweichen. »

Art. 65 - Kontrolle der Eingliederungsbetriebe

Artikel 13 Absatz 2 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Der Haushaltsplan und die Konten der Eingliederungsbetriebe unterliegen der Kontrolle der zu diesem Zweck von der Regierung bezeichneten Beamten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft. »

Art. 66 - Anpassung der Diplombedingungen im Beruflichen Übergangsprogramm

In Artikel 2 des Dekretes der Wallonischen Region vom 18. Juli 1997 zur Schaffung eines Beruflichen Übergangsprogramms, abgeändert durch das Dekret vom 16. Juli 1998, wird ein § 1bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

« § 1bis - Für entschädigte Vollarbeitslose, die mindestens 25 Jahre alt sind, kann die Regierung in besonders begründeten Fällen von der Diplombedingung gemäß § 1 abweichen. »

KAPITEL VIII — *Unvereinbarkeiten*

Art. 67 - Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Artikel 9 § 2 Absatz 1 des Dekretes vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Dekret vom 16. Oktober 1995, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

« Die Eigenschaft als Mitglied des Rates ist nicht vereinbar mit der als Mitglied des Europaparlaments, der Abgeordnetenversammlung, des Senats, eines Gemeinschafts- oder Regionalrates oder einer Regierung. Zudem darf ein Mitglied des Rates nicht Provinzgouverneur, Mitarbeiter in einem ministeriellen Kabinett oder Personalmitglied des Zentrums sein. »

Art. 68 - Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung

Artikel 8 des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung wird um einen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

« Die Eigenschaft als Mitglied des Verwaltungsrates ist nicht vereinbar mit der als Mitglied des Europaparlaments, der Abgeordnetenversammlung, des Senats, eines Gemeinschafts- oder Regionalrates oder einer Regierung. Zudem darf ein Mitglied des Verwaltungsrates nicht Provinzgouverneur, Mitarbeiter in einem ministeriellen Kabinett oder Personalmitglied der Dienststelle sein. »

Art. 69 - Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen

Artikel 18 § 5 des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

« § 5 - Die Eigenschaft als stimmberechtigtes Mitglied des Verwaltungsrates ist nicht vereinbar mit der als Mitglied des Europaparlaments, der Abgeordnetenversammlung, des Senats, eines Gemeinschafts- oder Regionalrates oder einer Regierung. Zudem darf ein stimmberechtigtes Mitglied des Verwaltungsrates nicht Provinzgouverneur, Mitarbeiter in einem ministeriellen Kabinett oder Personalmitglied des Instituts sein. »

Art. 70 - Königliche Denkmal- und Landschaftsschutzkommission der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Artikel 1 Absatz 2 des Dekretes vom 14. März 1994 über die Königliche Denkmal- und Landschaftsschutzkommission der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird durch folgenden Wortlaut ersetzt :

« Die Eigenschaft als Mitglied der Kommission ist nicht vereinbar mit der als Mitglied des Europaparlaments, der Abgeordnetenversammlung, des Senats, eines Gemeinschafts- oder Regionalrates, einer Regierung, des Provinzialrates, eines Gemeinderates oder des Ständigen Ausschusses des Provinzialrates. Zudem darf ein Mitglied des Verwaltungsrates nicht Provinzgouverneur, Mitarbeiter in einem ministeriellen Kabinett oder Personalmitglied des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft sein. »

Art. 71 - Medienrat

Artikel 52 Absatz 2 des Mediendekretes vom 26. April 1999 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt :

« Die Eigenschaft als Mitglied des Rates ist nicht vereinbar mit der als Mitglied des Europaparlaments, der Abgeordnetenversammlung, des Senats, eines Gemeinschafts- oder Regionalrates oder einer Regierung. Zudem darf ein Mitglied des Rates nicht Provinzgouverneur, Mitarbeiter in einem ministeriellen Kabinett oder Personalmitglied des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft sein. »

Art. 72 - Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Artikel 6 § 5 des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird durch folgenden Wortlaut ersetzt :

« § 5 - Die Eigenschaft als stimmberechtigtes Mitglied des Verwaltungsrates ist nicht vereinbar mit der als Mitglied des Europaparlaments, der Abgeordnetenversammlung, des Senats, eines Gemeinschafts- oder Regionalrates oder einer Regierung. Zudem darf ein stimmberechtigtes Mitglied des Verwaltungsrates nicht Provinzgouverneur, Mitarbeiter in einem ministeriellen Kabinett oder Personalmitglied des Arbeitsamtes sein. »

KAPITEL IX — *Inkrafttreten*

Art. 73 - Artikel 39 wird am 1. Januar 1999 wirksam.

Die Artikel 8, 9 und 11 werden am 1. September 1999 wirksam.

Die Artikel 49, 50 und 55 werden am 1. Januar 2000 wirksam.

Die Artikel 4, 5, 6, 7, 33 und 34 werden am 1. September 2000 wirksam.

Artikel 2 und 3 treten am 1. Januar 2001 in Kraft.

Die Artikel 10 und 12 bis einschließlich 32 treten am 1. September 2001 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.

Gegeben zu Eupen, den 23. Oktober 2000.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport.

B. GENTGES,

Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus.

H. NIESSEN,

Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales.

—
Note

(1) *Sitzungsperiode 2000-2001.*

Dokumente des Rates. — Dekretentwurf, 44 (1999-2000) Nr. 1. — Abänderungsvorschläge, 44 (2000-2001) Nr. 2-4. Bericht, 44 (2000-2001) Nr. 5.

Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 23. Oktober 2000.

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2000 — 3077

[C - 2000/33100]

23 OCTOBRE 2000. — Décret-programme 2000 (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE Ier. — *Généralités**Section 1re.* — Modification du décret-programme du 4 mars 1996

Article 1^{er}. Modification de l'article 2 du décret-programme du 4 mars 1996

Dans l'article 2 du décret-programme du 4 mars 1996, les mots suivants sont supprimés :

« de l'Office communautaire et régional pour la Formation professionnelle et l'Emploi ».

Art. 2. Complément du chapitre I du décret-programme du 4 mars 1996

Dans le décret-programme du 4 mars 1996, il est inséré un article *2bis*, libellé comme suit :

« Article *2bis*. Les articles 1^{er} et 2 ne s'appliquent qu'aux paiements dont le montant annuel excède 120.000 F ».

Section 2. — Droits aux subventions à concurrence de 3.000 F

Art. 3. Subventions à concurrence de 3.000 F

Par dérogation à toute réglementation contraire, il n'existe aucun droit au paiement de subventions pour des frais de fonctionnement et de personnel dont le montant annuel n'excède pas 3000 F.

CHAPITRE II. — Enseignement

Section 1re. — Modification du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre P.M.S. libre subventionné

Art. 4. Congé de maternité

L'article 71 du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre P.M.S. libre subventionné, est modifié comme suit :

1. Le premier alinéa est remplacé par la disposition suivante :

« A la demande du membre du personnel concerné, le pouvoir organisateur est tenu de lui donner congé au plus tôt à partir de la septième semaine qui précède la date présumée de son accouchement ou à partir de la neuvième semaine lorsqu'une naissance multiple est prévue. »

2. Le deuxième alinéa est remplacé par la disposition suivante :

« Le membre du personnel lui remet au plus tard huit semaines avant la date présumée de l'accouchement ou dix semaines lorsqu'une naissance multiple est prévue, un certificat médical attestant cette date. »

3. Le cinquième alinéa est remplacé par la disposition suivante :

« L'interruption de travail est prolongée, à la demande du membre du personnel, au-delà de la huitième semaine pour une période d'une durée égale à la durée de la période pendant laquelle il a continué à travailler à partir de la septième semaine précédant la date effective de l'accouchement ou de la neuvième semaine lorsqu'une naissance multiple est prévue. Cette période est, en cas de naissance prématurée, diminuée du nombre de jours pendant lesquels il a travaillé au cours de la période de sept jours qui précède la date de l'accouchement. »

Section 2. — Modification de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux

Art. 5. Années de service requises - Calcul du traitement d'attente

L'article 8 de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, remplacé par le décret du 25 juin 1996, est modifié comme suit :

1. Dans l'article 8, § 1^{er}, alinéa 1, le passage "au moins trente années de service" est remplacé par "au moins vingt années de service".

2. Dans l'article 8, § 2, l'alinéa suivant est inséré après l'alinéa 1^{er} :

« Par dérogation au premier alinéa, le traitement d'attente pour les membres du personnel de la catégorie "personnel directeur et enseignant" de l'enseignement fondamental qui sont titulaires du titre requis, est calculé en cinquante et unièmes à partir du 1^{er} septembre 2001, en cinquante-deuxièmes à partir du 1^{er} septembre 2002, en cinquante-troisièmes à partir du 1^{er} septembre 2003, en cinquante-quatrièmes à partir du 1^{er} septembre 2004 et en cinquante-cinquièmes à partir du 1^{er} septembre 2005. »

Art. 6. Modification de l'article 9 de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984

Dans la première phrase de l'article 9, alinéa 2, du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984, remplacée par le décret du 25 juin 1996 et modifiée par le décret-programme du 29 juin 1998, le passage "ou dans les centres de formation des Classes moyennes, auprès de l'académie de musique de la Communauté germanophone, auprès de l'Office communautaire et régional pour la Formation professionnelle et l'Emploi, ou dans les centres de formation agricole." est supprimé.

Art. 7. Mise en disponibilité pour convenances personnelles à mi-temps

L'article 10 du même arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984, remplacé par le décret du 25 juin 1996 et modifié par le décret-programme du 29 juin 1998, est modifié comme suit :

1. Le § 1^{er}, alinéa 1, est remplacé par la disposition suivante :

« Les membres du personnel visés à l'article 7, en activité de service ou mis en disponibilité pour cause de maladie et titulaires d'une fonction de recrutement ou de sélection, peuvent être mis partiellement en disponibilité pour convenances personnelles précédant la pension de retraite lorsqu'ils ont atteint l'âge de cinquante-cinq ans et comptent au moins vingt années de service, pour autant qu'ils ne puissent bénéficier d'une pension de retraite à charge du Trésor public. »

2. Le § 2, alinéa 2, est remplacé par la disposition suivante :

« Pour les membres du personnel visés à l'article 7, mis en disponibilité pour convenances personnelles précédant la pension de retraite entre le premier jour de classe de l'année scolaire 1996-1997 et le premier septembre 1999, le traitement d'attente dont question à l'alinéa précédent est augmenté de 20 % à partir du premier jour du mois suivant celui au cours duquel le membre du personnel atteint l'âge de 58 ans. »

3. Le § 4 est remplacé par la disposition suivante :

« § 4. A leur demande, ces membres du personnel peuvent, en début d'année scolaire, transformer la mise en disponibilité visée dans les paragraphes précédents en une mise en disponibilité telle que visée à l'article 8, §§ 1^{er} et 2.

Les conditions avantageuses mentionnées à l'article 8, § 3, s'appliquent aux membres du personnel visés au § 2, alinéa 2.

La demande doit être introduite trente jours au moins avant le début de la mise en disponibilité, par l'intermédiaire du directeur ou du chef d'établissement, auprès du Ministère de la Communauté germanophone. »

Section 3. — Modification du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécial

Art. 8. Insertion d'un nouveau chapitre

Dans le décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécial, il est inséré un chapitre IVbis intitulé comme suit :

« CHAPITRE IVbis. — *Transfert de capital périodes* »

Art. 9. Insertion d'un nouvel article

Un article 53bis, rédigé comme suit, est inséré dans le même décret :

« Article 53bis. § 1^{er}. Dans l'enseignement secondaire, le capital périodes peut être transféré d'une catégorie de personnel à une autre au sein d'un même établissement d'enseignement.

§ 2. Le transfert ne peut avoir pour conséquence que des membres du personnel soient mis en disponibilité par défaut d'emploi.

Une nomination ou un engagement à titre définitif ne sont pas autorisés pour un emploi ou une partie d'emploi créé(e) en application du § 1^{er}. »

Section 4. — Modification du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire

Art. 10. Modification de l'article 15 du décret relatif à l'enseignement fondamental

Dans l'article 15, § 1^{er}, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, l'alinéa 2 est supprimé sans être remplacé.

Au § 2, alinéa 2, il est inséré une dernière phrase rédigée comme suit :

« Si l'inspection n'a pas statué, le changement d'école est censé être autorisé »

Art. 11. Modification de l'article 30 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 30 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 30. Montant des subsides de fonctionnement

§ 1^{er}. Pour les sections maternelles, le montant des subsides de fonctionnement s'élève à 6.700 F par élève.

Le jour de référence pour le calcul est le dernier jour d'école du mois de septembre. Sont pris en considération les élèves réguliers de l'enseignement maternel qui, jusqu'à ce jour, ont été présents pendant au moins 10 jours d'école à raison de demi-journées.

§ 2. Pour les écoles primaires, le montant des subsides de fonctionnement s'élève à 9.000 F par élève.

Le jour de référence pour le calcul est le dernier jour d'école du mois de septembre. Sont pris en considération les élèves réguliers de l'enseignement primaire et les élèves nécessitant un soutien accru visés à l'article 29 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, qui fréquentent une école primaire ordinaire et suivent au moins 14 périodes de cours par semaine.

§ 3. Pour les surveillances du temps de midi, organisées conformément à l'article 77, § 1^{er}, le pouvoir organisateur obtient par implantation - pour le premier groupe entamé de 75 élèves réguliers - une subvention de 292 francs pour les surveillants titulaires d'un titre pédagogique ou de 219 francs pour les surveillants non titulaires d'un titre pédagogique.

Si l'école ou, selon le cas, l'implantation compte plus de 75 élèves réguliers, le pouvoir organisateur a droit pour chaque autre groupe entamé de 75 élèves réguliers à un subside supplémentaire égal aux montants fixés au premier alinéa lorsqu'il oblige des surveillants supplémentaires à assurer les surveillances du temps de midi.

Le jour de référence pour le calcul est le dernier jour d'école du mois de septembre. Sont pris en considération les élèves visés aux §§ 1^{er} et 2.

§ 4. Les montants des subsides de fonctionnement fixés aux §§ 1^{er} à 3 sont augmentés ou diminués annuellement au mois de septembre en fonction de l'évolution de l'indice des prix à la consommation.

L'index de base est celui du mois de septembre 1998 (102,7). L'index du mois de septembre de l'année précédente est pris en considération pour calculer l'adaptation. »

Art. 12. Modification de l'article 33 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 33 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 33. Création d'une école primaire

§ 1^{er}. Sans préjudice de l'article 6 de la loi du 30 juillet 1963 concernant le régime linguistique dans l'enseignement, une école primaire est, l'année de sa création, organisée ou subventionnée dès le premier jour de l'année scolaire si elle compte au dernier jour d'école du mois de septembre au moins 75 élèves primaires réguliers soumis à l'obligation scolaire.

Si l'école primaire n'atteint pas la norme correspondante, elle est fermée ou n'est plus subsidiée à partir du 1^{er} octobre. Dans ce cas, le pouvoir organisateur supporte les frais de traitement et de fonctionnement encourus jusqu'à la fin du mois de septembre.

§ 2. Une école primaire créée conformément au § 1^{er} doit remplir la norme de création correspondante la deuxième, la troisième et la quatrième année de son existence. Le jour de référence est chaque fois le dernier jour d'école du mois de janvier de l'année scolaire précédente.

Si l'école primaire n'atteint pas la norme correspondante, elle est fermée ou n'est plus subsidiée à partir du premier jour de l'année scolaire en cours. »

Art. 13. Modification de l'article 34 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 34, § 2, du même décret est remplacé par le libellé suivant :

« § 2. Une section maternelle créée conformément au § 1^{er} doit remplir la norme de création correspondante la deuxième, la troisième et la quatrième année de son existence. Sont pris en compte les élèves de l'enseignement maternel visés au § 1^{er} qui, pendant le mois de janvier de l'année scolaire précédente, ont été présents dans la section maternelle concernée pendant au moins cinq jours d'école à raison de demi-journées.

Si la section maternelle ne remplit pas la condition énoncée au premier alinéa, elle est fermée ou n'est plus subsidiée à partir du premier jour de l'année scolaire en cours. »

Art. 14. Modification de l'article 35 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 35 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 35. Fermeture et réouverture d'une école primaire

Sans préjudice de l'article 33, une école primaire qui, au dernier jour d'école du mois de janvier de l'année scolaire précédente, ne compte pas 12 élèves primaires régulièrement inscrits est fermée ou n'est plus subsidiée à partir du premier jour de l'année scolaire en cours.

Sans préjudice de l'article 33, une école primaire qui a été fermée ou n'a plus été subsidiée peut, à partir de la deuxième année suivant sa fermeture et dans les neuf ans, être rouverte ou à nouveau subsidiée à dater du premier jour de l'année scolaire, dans la mesure où elle compte 12 élèves réguliers au dernier jour d'école du mois de septembre.

Si l'école primaire n'atteint pas la norme correspondante, elle est fermée ou n'est plus subsidiée à partir du 1^{er} octobre. Dans ce cas, le pouvoir organisateur supporte les frais de traitement et de fonctionnement encourus jusqu'à la fin du mois de septembre. »

Art. 15. Modification de l'article 36 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 36 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 36. Fermeture et réouverture d'une section maternelle

§ 1^{er}. Une section maternelle qui, au dernier jour d'école du mois de janvier de l'année scolaire précédente, ne compte pas 6 élèves est fermée ou n'est plus subsidiée à partir du premier jour de l'année scolaire en cours.

Sont pris en compte les élèves réguliers domiciliés en Communauté germanophone qui, pendant le mois de janvier, ont été présents pendant au moins 5 jours d'école à raison de demi-journées.

§ 2. Sans préjudice de l'article 34, une section maternelle qui a été fermée ou n'a plus été subsidiée peut, à partir de la deuxième année suivant sa fermeture et dans les neuf ans, être rouverte ou à nouveau subsidiée à dater du premier jour de l'année scolaire, dans la mesure où elle compte au moins 6 élèves au dernier jour d'école du mois de septembre.

Si la section maternelle ne remplit pas la condition énoncée au premier alinéa, elle est fermée ou n'est plus subsidiée à partir du 1^{er} octobre. Dans ce cas, le pouvoir organisateur supporte les frais de traitement et de fonctionnement encourus jusqu'à la fin du mois de septembre.

Sont pris en considération les élèves réguliers domiciliés en Communauté germanophone qui ont, jusqu'au dernier jour d'école du mois de septembre, été présents pendant au moins 10 jours d'école à raison de demi-journées.

§ 3. Par dérogation au § 1^{er}, alinéa 2 et au § 2, alinéa 3, les élèves domiciliés dans le ressort d'une entité de droit public étrangère peuvent aussi être pris en compte si cette entité participe proportionnellement aux frais de personnel et de fonctionnement encourus par la Communauté germanophone pour cette section maternelle, à condition que cette participation fasse l'objet d'une convention écrite. »

Art. 16. Modification de l'article 38 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 38, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret est remplacé par le libellé suivant :

« Chaque école peut fusionner avec une ou plusieurs autres. Une fusion d'écoles entre en vigueur le premier jour de l'année scolaire sans effet rétroactif. »

Art. 17. Modification de l'article 44 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 44, alinéa 2, est remplacé par le libellé suivant :

« Le jour de référence pour le calcul est le dernier jour d'école du mois de janvier de l'année scolaire précédente. »

Art. 18. Modification de l'article 45 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 45 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 45. Mode de calcul

Les élèves suivants sont additionnés :

1° les élèves réguliers de l'enseignement maternel qui, pendant le mois de janvier, ont été présents pendant au moins cinq jours d'école à raison de demi-journées;

2° les élèves réguliers de l'enseignement primaire;

3° les élèves nécessitant un soutien accru, visés à l'article 29 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, qui fréquentent une école primaire ordinaire et suivent au moins 14 périodes de cours par semaine. »

Art. 19. Modification de l'article 49 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 49, alinéa 2, est remplacé par le libellé suivant :

« Le jour de référence pour le calcul est le dernier jour d'école du mois de janvier de l'année scolaire précédente. »

Art. 20. Modification de l'article 50 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 50 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 50. Mode de calcul

Les élèves suivants sont additionnés :

1° les élèves réguliers de l'enseignement maternel qui, pendant le mois de janvier, ont été présents pendant au moins cinq jours d'école à raison de demi-journées;

2° les élèves réguliers de l'enseignement primaire;

3° les élèves nécessitant un soutien accru, visés à l'article 29 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, qui fréquentent une école primaire ordinaire et suivent au moins 14 périodes de cours par semaine. »

Art. 21. Modification de l'article 55 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 55 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 55. Jour de référence et élèves pris en compte

Le jour de référence pour le calcul est le dernier jour d'école du mois de janvier de l'année scolaire précédente.

Sont pris en compte les élèves réguliers qui, pendant le mois de janvier de l'année scolaire précédente, ont été présents pendant au moins 5 jours d'école à raison de demi-journées. »

Art. 22. Modification de l'article 56 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 56 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 56. Nouveau calcul du capital emplois en cours d'année scolaire

§ 1^{er}. Il est procédé à un nouveau calcul du capital emplois au dernier jour d'école du mois de septembre.

Sont pris en compte les élèves réguliers de l'enseignement maternel qui, jusqu'au dernier jour d'école du mois de septembre de l'année scolaire en cours, ont été présents pendant au moins 10 jours d'école à raison de demi-journées.

§ 2. Le dernier jour d'école du mois de mars, il est procédé à la demande du pouvoir organisateur à un nouveau calcul du capital emplois.

Sont pris en compte les élèves réguliers de l'enseignement maternel qui, pendant le mois de mars de l'année scolaire en cours, ont été présents pendant au moins dix jours d'école à raison de demi-journées. »

Art. 23. Modification de l'article 57 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 57 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 57. Durée d'utilisation

§ 1^{er}. Le capital emplois déterminé conformément aux articles 53 à 55 est disponible pour l'année scolaire en cours.

§ 2. Le capital emplois déterminé conformément aux articles 53, 54 et 56, § 1^{er}, est disponible du 1^{er} octobre au dernier jour de l'année scolaire en cours si le calcul donne au moins 1 emploi à temps plein de plus ou de moins que le capital emplois accordé au pouvoir organisateur le premier jour d'école pour l'implantation concernée.

Par dérogation au premier alinéa, le pouvoir organisateur peut utiliser le capital emplois visé au premier alinéa dès le premier jour d'école. Si, en raison du nouveau calcul intervenu, le pouvoir organisateur dispose d'un nombre d'emplois inférieur à celui qu'il a organisé le premier jour d'école, ceux organisés en surnombre sont à sa charge.

§ 3. Le capital emplois déterminé conformément aux articles 53, 54 et 56, § 2, est disponible du 1^{er} avril au dernier jour de l'année scolaire si le calcul donne au moins 1 emploi à temps plein de plus ou de moins que le capital emplois accordé au pouvoir organisateur au 1^{er} octobre pour l'implantation concernée. »

Art. 24. Modification de l'article 58 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 58 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 58. Nombre d'emplois

D'après le nombre d'élèves, le pouvoir organisateur obtient, pour l'enseignement primaire, le nombre d'emplois suivants :

Elèves	Temps pleins
jusque 15	1,25
16-20	1,5
21-25	2
26-30	2,25

1/4 d'emploi supplémentaire pour tout groupe entamé de 5 élèves. »

Art. 25. Modification de l'article 60 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 60 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 60. Jour de référence et élèves pris en compte

Le jour de référence pour le calcul du capital emplois est le dernier jour d'école du mois de janvier de l'année scolaire précédente.

Sont pris en compte les élèves réguliers de l'enseignement primaire ainsi que les élèves nécessitant un soutien accru, visés à l'article 29 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, qui fréquentent une école primaire ordinaire et suivent au moins 14 périodes de cours par semaine. »

Art. 26. Insertion d'un article 60bis dans le décret relatif à l'enseignement fondamental

Dans le même décret est inséré un article 60bis libellé comme suit :

« Article 60bis. Nouveau calcul du capital emplois en cours d'année scolaire

Il est procédé à un nouveau calcul du capital emplois le dernier jour d'école du mois de septembre.

Sont pris en compte les élèves réguliers de l'enseignement primaire ainsi que les élèves nécessitant un soutien accru visés à l'article 29 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, qui fréquentent une école primaire ordinaire et suivent au moins 14 périodes de cours par semaine. »

Art. 27. Modification de l'article 61 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 61 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 61. Durée d'utilisation

§ 1^{er}. Le capital emplois déterminé conformément aux articles 58 à 60 est disponible pour l'année scolaire en cours.

§ 2. Le capital emplois déterminé conformément aux articles 58, 59 et 60bis est disponible du 1^{er} octobre au dernier jour de l'année scolaire en cours si le calcul donne au moins 1 emploi à temps plein de plus ou de moins que le capital emplois accordé au pouvoir organisateur le premier jour d'école pour l'implantation concernée.

Par dérogation au premier alinéa, le pouvoir organisateur peut utiliser le capital emplois visé au premier alinéa dès le premier jour d'école. Si, en raison du nouveau calcul intervenu, le pouvoir organisateur dispose d'un nombre d'emplois inférieur à celui qu'il a organisé le premier jour d'école, ceux organisés en surnombre sont à sa charge. »

Art. 28. Modification de l'article 62 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 62, § 1^{er}, alinéa 1, du même décret est remplacé par le libellé suivant :

« A l'exception du capital emplois déterminé conformément aux articles 53, 54 et 56, § 2, le capital emplois déterminé conformément à la section 3 de ce chapitre peut être transféré d'une école à l'autre, d'un niveau d'enseignement à l'autre, d'une implantation à l'autre et d'une section linguistique à l'autre. »

Art. 29. Modification de l'article 67 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 67 du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Article 67. Sans préjudice de l'article 70, § 1^{er}, alinéas 3 et 4, le jour de référence pour compter les élèves est le dernier jour d'école du mois de septembre. Sont pris en compte les élèves réguliers de l'enseignement primaire. »

Art. 30. Modification de l'article 70 du décret relatif à l'enseignement fondamental

L'article 70, § 1^{er}, alinéa 1, du même décret est remplacé par les deux alinéas suivants :

« § 1^{er}. Le capital emplois déterminé conformément aux articles 65 à 69 est disponible du 1^{er} octobre de l'année scolaire en cours au 30 septembre de l'année scolaire suivante.

Par dérogation au premier alinéa, le pouvoir organisateur peut, dès le premier jour de l'année scolaire, organiser des cours supplémentaires de religion ou de morale non-confessionnelle en devant supporter ceux qui, en raison du calcul intervenu, ne seront plus disponibles au 1^{er} octobre. »

Art. 31. Insertion d'un article 84bis dans le décret relatif à l'enseignement fondamental

Un article 84bis, libellé comme suit, est inséré dans le même décret :

« Article 84bis. Disposition transitoire relative au calcul du capital emplois pour les cours de religion et de morale non-confessionnelle

Pour l'année scolaire 2000-2001, c'est le capital emplois accordé pour les cours de religion et de morale non-confessionnelle au pouvoir organisateur au cours de l'année scolaire 1999-2000 qui est appliqué pour la période allant du premier jour de l'année scolaire au 30 septembre. »

Section 5. — Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires

Art. 32. Modification de l'article 34 du décret organique

Dans l'article 34 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires, modifié et inséré par le décret du 25 mai 1999, un nouvel alinéa, rédigé comme suit, est inséré après l'alinéa 2 :

« Par dérogation au deuxième alinéa, les personnes chargées de l'éducation peuvent dans des cas exceptionnels, après le troisième jour ouvrable précédant le début de l'année scolaire, introduire auprès de l'inspection une demande motivée de changement d'école par l'intermédiaire du chef d'établissement. Cette demande contient l'avis émis par le chef d'établissement. L'inspection statue dans les cinq jours. Le changement d'école ne peut intervenir qu'après autorisation. Si l'inspection n'a pas statué, la demande est censée être acceptée".

Section 6. — Organisation de projets-pilotes

Art. 33. Projets-pilotes dans le troisième degré de l'enseignement secondaire

Le Gouvernement peut, dans le cadre d'un projet-pilote, accorder à une école secondaire un nombre déterminé d'heures si les conditions suivantes sont remplies :

- 1° quatre élèves au moins doivent être inscrits;
- 2° la formation doit être effectuée avec la collaboration d'une autre personne morale de droit public; cette personne organise au moins 25% de la formation et la Communauté germanophone n'encourt aucun frais de personnel pour cette part;
- 3° cette formation est offerte dans le cadre d'une septième année de spécialisation ou de perfectionnement dans l'enseignement technique, année organisée conformément à l'article 4, § 1^{er}, 3°, de l'arrêté royal du 29 juin 1984;
- 4° la durée totale du projet-pilote ne peut excéder 2 années scolaires.

Le Gouvernement peut fixer d'autres conditions.

Section 7. — Répartition d'une partie du capital périodes obtenu au cours de l'année scolaire 1999-2000 par la section secondaire de l'Athénée Royal de Butgenbach entre les autres écoles secondaires de l'enseignement communautaire

Art. 34. Répartition du capital périodes de la section secondaire de l'Athénée Royal de Butgenbach

§ 1^{er}. Le capital périodes obtenu au cours de l'année scolaire 1999-2000 pour l'année scolaire 2000-2001 par la section secondaire de l'Athénée Royal de Butgenbach sera réparti pendant l'année scolaire en cours et au cours des deux années suivantes entre les autres écoles secondaires de l'enseignement communautaire, sauf :

1. les périodes des membres du personnel temporaire de l'Athénée Royal de Butgenbach qui quittent l'enseignement communautaire;
2. les périodes que les membres du personnel de l'enseignement communautaire reçoivent dans le cadre de missions spéciales jusqu'à la fin de l'année scolaire 2003-2004 suite à la fermeture de la section secondaire.

L'ensemble du capital périodes octroyé aux écoles secondaires de l'enseignement communautaire au cours des trois années susvisées ne peut dépasser, par année scolaire, le nombre de 4864 périodes suite à la mesure mentionnée au premier alinéa.

§ 2. La mesure visée au § 1^{er} vaut pour les années scolaires 2001-2002 et 2002-2003, 150 ou 120 périodes au maximum pouvant toutefois être distribuées.

§ 3. Nul ne peut être nommé à titre définitif pour les heures octroyées en sus conformément aux §§ 1^{er} et 2.

CHAPITRE III. — *Matières personnalisables*

Section 1re. — Aide à la jeunesse

Art. 35. Mesures répétées

Dans l'article 27, § 4, 2°, du décret du 20 mars 1995 concernant l'aide à la jeunesse, inséré par le décret du 20 mai 1997, les mots "du même ou" sont insérés entre les mots "mesure à l'égard" et "d'un autre jeune".

Art. 36. Participation aux frais en cas de mesures provisoires

Dans l'article 38 du même décret, l'alinéa suivant est inséré entre le deuxième et le troisième alinéa :

« Dans le cadre des mesures provisoires, le juge de la jeunesse peut déterminer la participation du jeune ou des débiteurs d'aliments à titre provisoire en attendant que le tribunal de la jeunesse statue sur le fond de l'affaire. La décision du fond quant à la participation est valable à partir du premier jour du placement. »

Section 2. — Service d'aide familiale

Art. 37. Conditions en matière de diplôme

L'article 3 du décret du 26 juin 1986 réglant l'agrégation des services d'aide aux familles et aux personnes âgées, l'octroi de subventions à ces services et la contribution du bénéficiaire de l'aide, modifié par le décret du 1^{er} mars 1988, est complété par l'alinéa suivant :

« Le Gouvernement peut, sur demande motivée du service, accorder une dérogation aux conditions en matière de diplôme mentionnées au 4°. Il ne peut, le cas échéant, être procédé à de nouveaux engagements qu'après l'autorisation. »

Section 3. — Centres publics d'aide sociale

Art. 38. Traitement des présidents des centres publics d'aide sociale

L'article 38, alinéa 1^{er}, de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'aide sociale, remplacé par la loi du 5 août 1992 et modifié par le décret du 2 mai 1995, est remplacé par le libellé suivant :

« Le traitement, le pécule de vacances et la prime de fin d'année ainsi que le régime de sécurité sociale du président sont fixés par le Gouvernement. Ceux-ci ne peuvent pas être plus avantageux que ceux des échevins de la commune siège du centre public. Le Gouvernement peut en déterminer les conditions et modalités d'octroi. »

CHAPITRE IV. — *Matières culturelles*

Section 1re. — Sport

Art. 39. Pouvoirs organisateurs d'installations sportives ayant droit aux subventions

Dans l'article 3, alinéa 2, du décret du 17 février 1992 portant agrégation d'installations sportives et subventionnement de leurs frais de fonctionnement, modifié par le décret-programme du 4 mars 1996, les mots "communes ou" sont insérés entre les mots "que les" et "associations".

Art. 40. Subventionnement de matériel sportif

L'article 6, alinéa 2, du décret du 20 janvier 1992 portant octroi de subsides pour l'acquisition de matériel sportif est remplacé par le libellé suivant :

« Le demandeur doit joindre à sa demande trois offres de prix lorsque le prix du matériel sportif atteint 200.000 F, sinon une offre suffit. »

Art. 41. Limitation des dépenses acceptables pour le subventionnement de conseils sportifs locaux, d'unions sportives locales ou de communautés sportives locales

Dans l'article 6, § 2, 2°, du décret du 17 février 1992 portant agrégation et subventionnement de conseils sportifs locaux, d'unions sportives locales ou de communautés sportives locales, les mots "et d'un montant maximal de 50.000 F" sont insérés entre les mots "l'article 3" et "dans la mesure où".

Art. 42. Dépenses subsidiées pour des associations et organisations sportives pour personnes handicapées

L'article 3 du décret du 22 juin 1993 portant agrégation et subventionnement d'associations et organisations sportives ainsi que d'une fédération sportive pour personnes handicapées est complété par la disposition suivante : "les frais de location nécessaires pour effectuer les entraînements".

Section 2. — Tourisme

Art. 43. Subsides de fonctionnement pour les bureaux d'informations touristiques

A l'article 4, 2°, de l'arrêté réglementaire du 16 juin 1980 fixant les conditions de reconnaissance et de subventionnement des syndicats d'initiative ou de tourisme de la région de langue allemande, modifié par le décret-programme du 20 mai 1997, le passage "dont le montant ne peut excéder 60 % des crédits disponibles" est supprimé.

Art. 44. Primes pour des maisons de vacances

L'article 6, § 1^{er}, alinéa 4, du décret du 23 novembre 1992 relatif aux habitations de vacances, inséré par le décret-programme du 20 mai 1997, est abrogé.

Art. 45. Modification de l'article 36 du décret du 9 mai 1994

Dans l'article 36, alinéa 3, du décret du 9 mai 1994 sur les établissements d'hébergement et les établissements hôteliers, les mots "cinq ans" sont remplacés par les mots "dix ans".

Section 3. — Culture

Art. 46. Limitation des subsides d'équipement

L'article 6 de l'arrêté réglementaire du 4 février 1980 fixant les conditions de subventionnement pour l'achat de matériel d'équipement affecté à l'exercice d'une activité culturelle et ne faisant pas partie d'une infrastructure, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 6. Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, le montant maximum des subventions d'équipement est fixé à 50 % des dépenses qui peuvent être prises en considération aux termes du rapport de la division compétente du Ministère de la Communauté germanophone. »

Art. 47. Nombre d'estimations des dépenses

L'article 7, alinéa 3, b), du même arrêté réglementaire est remplacé par les mots suivants :

« b) trois estimations des dépenses lorsque le prix du matériel d'équipement atteint 200.000 F, sinon un seul suffit ».

Art. 48. L'article 8 du même arrêté réglementaire est abrogé.**Art. 49.** Modification du décret du 23 mars 1992

Dans le décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les musées reconnus, les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus, il est inséré un article 10bis libellé comme suit :

« Article 10bis. Un rapport d'activités ne peut avoir d'influence sur le nombre d'animateurs pouvant être subsidiés que si le nombre adéquat d'activités ou d'heures d'ouverture ont été assurées pendant deux années consécutives.

Il sera tenu compte de cette modification à partir du 1^{er} janvier de l'année suivant l'introduction du rapport d'activités décisif. »

Art. 50. Abrogation de l'article 10 de l'arrêté de l'Exécutif du 6 juillet 1992

L'article 10 de l'arrêté de l'Exécutif du 6 juillet 1992 portant exécution du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les musées reconnus, les ateliers créatifs reconnus, les organisations régionales reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus, est abrogé.

Art. 51. Matériel d'équipement affecté à l'exercice d'art amateur

L'article 6, alinéa 3, b), du décret du 18 avril 1995 fixant les règles de subsidiation pour l'achat de matériel d'équipement affecté à l'exercice d'art amateur par des fédérations et associations d'art amateur est remplacé par le libellé suivant : "b) trois offres lorsque le prix de l'équipement atteint 200.000 F, sinon un seul suffit. »

Section 4. — Médias

Art. 52. Membres du Conseil des médias ayant voix consultative

A l'article 51, § 3, du décret sur les médias du 26 avril 1999, les mots "ainsi qu'un ou une délégué(e) suppléant(e)" sont insérés après les mots "qui aura voix consultative".

Art. 53. Insertion d'un nouvel article dans le décret sur les médias

Dans le décret sur les médias du 26 avril 1999, il est inséré un article 65bis libellé comme suit :

« Article 65bis. Toute personne qui fabrique, met au point, introduit, vend, loue, distribue, installe, entretient, échange du matériel, des parties de matériel ou des programmes informatiques, qui en possède à des fins lucratives ou en facilite la mise en circulation de quelque manière que ce soit est passible d'une amende de 100 à 100.000 francs si elle le fait dans le but de :

1. permettre l'accès à un service de radiodiffusion proposé exclusivement via un système d'accès conditionnel;
2. de capter de manière frauduleuse des programmes de radiodiffusion diffusés via un réseau câblé.

Toute personne qui achète, loue ou possède le matériel, les parties de matériel ou programmes informatiques mentionnés au premier alinéa dans le but visé au même alinéa, points 1 et 2, est également passible d'une amende de 100 à 100.000 francs. »

CHAPITRE V. — Fonds structurels européens

Art. 54. Paiements pour des projets élaborés dans le cadre des fonds structurels européens

En vue de financer des projets dans le cadre des fonds structurels européens de l'année 2000 à l'année 2006, le Gouvernement de la Communauté germanophone peut accorder des contributions aux pouvoirs organisateurs des projets sous forme d'acomptes, de paiements intermédiaires ou de paiements du solde.

Les acomptes et les paiements intermédiaires s'élèvent chaque fois à un maximum de 40% des dépenses exigibles estimées dans le projet de budget. Les paiements intermédiaires peuvent intervenir au plus tôt après 1/3 de la période couverte par le projet.

CHAPITRE VI. — Office de l'emploi de la Communauté germanophone

Art. 55. Pension

Le Gouvernement peut autoriser l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone à participer au régime de pension instauré par la loi du 28 avril 1958 relative à la pension des membres du personnel de certains organismes d'intérêt public et de leurs avants droit.

CHAPITRE VII. — *Modification du décret de la Région wallonne du 16 juillet 1998 relatif aux conditions auxquelles les entreprises d'insertion sont agréées et subventionnées et du décret de la Région wallonne du 18 juillet 1997 créant un programme de transition professionnelle*

Art. 56. Adaptation des définitions du décret relatif aux entreprises d'insertion à la situation en Communauté germanophone

L'article 1^{er} du décret de la Région wallonne du 16 juillet 1998 relatif aux conditions auxquelles les entreprises d'insertion sont agréées et subventionnées est modifié comme suit :

1° L'alinéa 1^{er}, 2°, est remplacé par la disposition suivante :

« 2° l'administration : la division du Ministère de la Communauté germanophone compétente pour l'emploi;

2° A l'alinéa 1^{er}, 3°, et à l'alinéa 4, les mots "en Région wallonne" sont remplacés par les mots "en Région de langue allemande";

3° A l'alinéa 1^{er}, 4°, l'alinéa 2, 1°, 3° et 6° et à l'alinéa 3, les mots "au FOREM" sont remplacés par les mots "auprès de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone";

4° L'alinéa 2, 5°, est remplacé par la disposition suivante :

« 5° toute personne ayant terminé, au cours des six mois précédant son engagement, une formation dans un centre de formation professionnelle par le travail agréé par la Communauté germanophone; ».

Art. 57. Adaptation des conditions d'admission

L'article 2 du même décret est modifié comme suit :

1° le point 1° est abrogé;

2° au point 2°, les mots "en Région wallonne" sont remplacés par les mots "en Région de langue allemande"

3° au point 10°, les mots "et les obligations liées au statut de société à finalité sociale" sont supprimés.

Art. 58. Suppression de la Commission d'agrément des entreprises d'insertion

L'article 3 du même décret est abrogé.

Art. 59. Missions transférées au Conseil économique et social de la Communauté germanophone

A l'article 4 du même décret, les mots "La Commission" sont remplacés par les mots "Le Conseil économique et social de la Communauté germanophone".

Art. 60. Missions transférées au Conseil économique et social de la Communauté germanophone

L'article 6 du même décret est modifié comme suit :

1. à l'alinéa 4, les mots "de la Commission" sont remplacés par les mots "du Conseil économique et social de la Communauté germanophone".

2. à l'alinéa 6, les mots "à la Commission visée à l'article 3" sont remplacés par les mots "au Conseil économique et social de la Communauté germanophone".

Art. 61. Missions transférées au Conseil économique et social de la Communauté germanophone

Dans l'article 7, alinéa 5, les mots "à la Commission visée à l'article 3" sont remplacés par les mots "au Conseil économique et social de la Communauté germanophone".

Art. 62. Missions transférées au Conseil économique et social de la Communauté germanophone

Dans l'article 12, alinéa 1^{er}, les mots "à la Commission visée à l'article 3" sont remplacés par les mots "au Conseil économique et social de la Communauté germanophone".

Art. 63. Adaptation des conditions auxquelles les entreprises d'insertion sont subventionnées

L'article 10 du même décret est modifié comme suit :

1° A l'alinéa 2, les mots "de manière dégressive" sont supprimés;

2° L'alinéa suivant est ajouté : "Dans des cas particulièrement motivés, le Gouvernement peut déroger aux montants visés à l'alinéa précédant sur la base des éléments contenus dans la demande d'agrément. »

Art. 64. Adaptation des primes

L'article 11 du même décret est modifié comme suit :

1° au § 1^{er}, alinéa 2 et au § 2, les mots "de manière dégressive" sont abrogés;

2° le § 1^{er} est complété par l'alinéa suivant : "Dans des cas particulièrement motivés, le Gouvernement peut déroger aux montants visés à l'alinéa 3 sur la base des éléments contenus dans la demande d'agrément. »

Art. 65. Contrôle des entreprises d'insertion

L'article 13, alinéa 2, du même décret est remplacé par la disposition suivante :

« Le budget et les comptes des entreprises d'insertion sont soumis au contrôle des agents du Ministère de la Communauté germanophone désignés à cette fin par le Gouvernement. »

Art. 66. Adaptation des conditions en matière de diplôme dans le programme de transition professionnelle

A l'article 2 du décret de la Région wallonne du 18 juillet 1997 créant un programme de transition professionnelle, modifié par le décret du 16 juillet 1998, il est inséré un § 1^{er}bis libellé comme suit :

« § 1^{er}bis. Pour les chômeurs complets indemnisés âgés d'au moins 25 ans, le Gouvernement peut, dans des cas particulièrement motivés, déroger à la condition en matière de diplôme définie au § 1^{er}. »

CHAPITRE VIII. — *Incompatibilités***Art. 67.** Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone

L'article 9, § 2, alinéa 1^{er}, du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, modifié par le décret du 16 octobre 1995, est remplacé par le libellé suivant :

« La qualité de membre du Conseil est incompatible avec celle de membre du Parlement européen, de la Chambre des Représentants, du Sénat, d'un Conseil communautaire ou régional ou d'un Gouvernement; elle est aussi incompatible avec celle de gouverneur de province, collaborateur auprès d'un cabinet ministériel ou membre du personnel du Centre. »

Art. 68. Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées

L'article 8 du décret du 19 juin 1990 portant création d'un "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung" (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées) est complété par l'alinéa suivant :

« La qualité de membre du Conseil d'administration est incompatible avec celle de membre du Parlement européen, de la Chambre des Représentants, du Sénat, d'un Conseil communautaire ou régional ou d'un Gouvernement; elle est aussi incompatible avec celle de gouverneur de province, collaborateur auprès d'un cabinet ministériel ou membre du personnel de l'Office. »

Art. 69. Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME

L'article 18, § 5, du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes Moyennes et les PME est remplacé par le libellé suivant :

« § 5. La qualité de membre du Conseil d'administration ayant voix délibérative est incompatible avec celle de membre du Parlement européen, de la Chambre des Représentants, du Sénat, d'un Conseil communautaire ou régional ou d'un Gouvernement; elle est aussi incompatible avec celle de gouverneur de province, collaborateur auprès d'un cabinet ministériel ou membre du personnel de l'Institut. »

Art. 70. Commission Royale de la Communauté germanophone pour la protection des monuments et sites

L'article 1^{er}, alinéa 2 du décret du 14 mars 1994 relatif à la Commission Royale de la Communauté germanophone pour la protection des monuments et sites est remplacé par le libellé suivant :

« La qualité de membre de la Commission est incompatible avec celle de membre du Parlement européen, de la Chambre des Représentants, du Sénat, d'un Conseil communautaire ou régional, d'un Gouvernement, du Conseil Provincial, d'un conseil communal ou de la Députation permanente du Conseil provincial; elle est aussi incompatible avec celle de gouverneur de province, de collaborateur auprès d'un cabinet ministériel ou de membre du personnel du Ministère de la Communauté germanophone. »

Art. 71. Conseil des médias

L'article 52, alinéa 2, du décret sur les médias du 26 avril 1999 est remplacé par le libellé suivant :

« La qualité de conseiller est incompatible avec celle de membre du Parlement européen, de la Chambre des Représentants, du Sénat, d'un Conseil communautaire ou régional ou d'un Gouvernement; elle est aussi incompatible avec celle de gouverneur de province, de collaborateur auprès d'un cabinet ministériel ou de membre du personnel du Ministère de la Communauté germanophone. »

Art. 72. Office de l'emploi de la Communauté germanophone

L'article 6, § 5, du décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone est remplacé par le libellé suivant :

« § 5. La qualité de membre du Conseil d'administration ayant voix délibérative est incompatible avec celle de membre du Parlement européen, de la Chambre des Représentants, du Sénat, d'un Conseil communautaire ou régional ou d'un Gouvernement; elle est aussi incompatible avec celle de gouverneur de province, de collaborateur auprès d'un cabinet ministériel ou de membre du personnel de l'Office. »

CHAPITRE IX. — *Entrée en vigueur*

Art. 73. L'article 39 produit ses effets le 1^{er} janvier 1999.

Les articles 8, 9 et 11 produisent leurs effets le 1^{er} septembre 1999.

Les articles 49, 50 et 55 produisent leurs effets le 1^{er} janvier 2000.

Les articles 4, 5, 6, 7, 33 et 34 produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2000.

Les articles 2 et 3 entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2001.

Les articles 10 et 12 à 32 inclus entrent en vigueur le 1^{er} septembre 2001.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au Moniteur Belge.

Eupen, le 23 octobre 2000.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports.

B. GENTGES,

Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme.

H. NIESSEN,

Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2000 — 3077

[C — 2000/33100]

23 OKTOBER 2000. — Programmadecreet 2000 (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Algemeenheden**Afdeling 1.* — Wijziging van het programmadecreet van 4 maart 1996**Artikel 1.** Wijziging van artikel 2 van het programmadecreet van 4 maart 1996

In artikel 2 van het programmadecreet van 4 maart 1996 worden de woorden : „, ten gunste van de Gemeenschappelijke en Gewestelijke Dienst voor Beroepsopleiding en Arbeidsbemiddeling” geschrapt.

Art. 2. Aanvulling van hoofdstuk I van het programmadecreet van 4 maart 1996

In het programmadecreet van 4 maart 1996 wordt een artikel 2bis ingevoegd, dat luidt als volgt :

« Artikel 2bis. De artikelen 1 en 2 zijn slechts van toepassing op de betalingen waarvan het jaarlijks bedrag 120.000 F overschrijdt. »

Afdeling 2. — Recht op subsidies tot 3.000 F**Art. 3.** Subsidies tot 3000 F

In afwijking van alle andersluidende bepalingen bestaat er geen recht op de uitbetaling van subsidies voor werkings- en personeelskosten waarvan het jaarlijks bedrag 3000 F niet overschrijdt.

HOOFDSTUK II. — *Onderwijs*

Afdeling 1. — Wijziging van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij pms-centrum

Art. 4. Zwangerschapsverlof

Artikel 71 van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij pms-centrum wordt als volgt gewijzigd :

1. Lid 1 wordt door de volgende bepaling vervangen :

« Ten vroegste vanaf de zevende week vóór de vermoedelijke datum van de bevalling of vanaf de negende week vóór deze datum, indien de geboorte van een meerling wordt voorzien, is de inrichtende macht er op verzoek van het personeelslid toe gehouden, haar verlof te geven. »

2. Lid 2 wordt door de volgende bepaling vervangen :

« Uiterlijk acht weken vóór de vermoedelijke datum van de bevalling of tien weken vóór deze datum, indien de geboorte van een meerling wordt voorzien, overhandigt het personeelslid een geneeskundig attest houdende bekrachtiging van deze datum aan de inrichtende macht. »

3. Lid 5 wordt door de volgende bepaling vervangen :

« Op verzoek van het personeelslid wordt de werkonderbreking na de achtste week verlengd met een periode van dezelfde duur als de periode tijdens welke het personeelslid vanaf de zevende week of, indien de geboorte van een meerling wordt voorzien, vanaf de negende week vóór de werkelijke bevallingsdatum bleef werken. In geval van voortijdige geboorte wordt deze periode met het aantal dagen verminderd waar het personeelslid gewerkt heeft in de loop van de zeven dagen vóór de bevallingsdatum. »

Afdeling 2. — Wijziging van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestaties in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra

Art. 5. Vereiste dienstjaren - Berekening van het wachtgeld

Artikel 8 van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestaties in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, vervangen door het decreet van 25 juni 1996, wordt als volgt gewijzigd :

1. In artikel 8, § 1, lid 1, wordt de passus “een dienstactiviteit van tenminste dertig jaar” vervangen door de passus “een dienstactiviteit van tenminste twintig jaar”.

2. In artikel 8, § 2, wordt na het eerste lid het volgende lid ingevoegd :

« In afwijking van het eerste lid geschiedt de berekening van het wachtgeld voor de personeelsleden van het basisonderwijs behorend tot de categorie van het bestuurs- en onderwijzend personeel, vanaf 1 september 2001 in éénenvijftigsten, vanaf 1 september 2002 in tweënvijftigsten, vanaf 1 september 2003 in drieënvijftigsten, vanaf 1 september 2004 in vierënvijftigsten en vanaf 1 september 2005 in vijfënvijftigsten. »

Art. 6. Wijziging van artikel 9 van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984

In de eerste zin van artikel 9, lid 2, van hetzelfde koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984, vervangen bij het decreet van 25 juni 1996 en gewijzigd door het programmadecreet van 29 juni 1998, wordt de passus : “of in de centra voor de opleiding in de Middenstand, bij de muziekacademie van de Duitstalige Gemeenschap, bij de Gemeenschappelijke en Gewestelijke Dienst voor Beroepsopleiding en Arbeidsbemiddeling of in de centra voor landbouwworming” geschrapt.

Art. 7. Halftijdse terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden

Artikel 10 van hetzelfde koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984, vervangen bij het decreet van 25 juni 1996 en gewijzigd door het programmadecreet van 29 juni 1998, wordt als volgt gewijzigd :

1. § 1, lid 1, wordt door de volgende bepaling vervangen :

« De personeelsleden bedoeld in artikel 7 die in actieve dienst zijn of wegens ziekte ter beschikking gesteld zijn en een wervings- of selectieambt bekleden, kunnen wegens persoonlijke aangelegenheden vóór de oppensioenstelling gedeeltelijk ter beschikking gesteld worden, indien ze de leeftijd van vijfënvijftig jaar en een dienstactiviteit van tenminste twintig jaar hebben bereikt, voor zover zij geen rustpensioen ten laste van de schatkist kunnen genieten. »

2. § 2, lid 2, wordt door de volgende bepaling vervangen :

« Voor de personeelsleden bedoeld in artikel 7 die tussen de eerste schooldag van het schooljaar 1996-1997 en 1 september 1999 wegens persoonlijke aangelegenheden vóór de oppensioenstelling ter beschikking gesteld worden, wordt het wachtgeld bedoeld in het voorgaande lid vanaf de eerste dag van de maand volgend op de maand tijdens

3. § 4 wordt door de volgende bepaling vervangen :

« § 4. Op verzoek kunnen die personeelsleden bij het begin van een schooljaar de terbeschikkingstelling bedoeld in de voorafgaande paragraaf laten omzetten in de terbeschikkingstelling bedoeld in artikel 8, §§ 1 en 2.

Voor de in § 2, lid 2, vermelde personeelsleden gelden de in artikel 8, § 3 bedoelde gunstige voorwaarden.

De aanvraag moet tenminste dertig dagen vóór het begin van de terbeschikkingstelling, door bemiddeling van de directeur of van het inrichtingshoofd, bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap worden ingediend. »

Afdeling 3. — Wijziging van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald

Art. 8. Invoeging van een nieuw hoofdstuk

In het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel voor buitengewoon onderwijs worden bepaald, wordt een hoofdstuk IVbis ingevoegd dat luidt als volgt :

« HOOFDSTUK IVbis. — *Overdracht van lestijdenpakket* »

Art. 9. Invoeging van een nieuw artikel

In hetzelfde decreet wordt een artikel 53bis ingevoegd dat luidt als volgt :

« Artikel 53bis. § 1. In het secundair onderwijs kan in dezelfde onderwijsinrichting het lestijdenpakket van een personeelscategorie naar een andere overgedragen worden.

§ 2. De overdracht mag niet tot gevolg hebben dat personeelsleden wegens ontstentenis van betrekking ter beschikking gesteld worden.

Een benoeming of een aanstelling in vast verband zijn niet toegelaten voor een betrekking of gedeelte van betrekking opgericht met toepassing van § 1. »

Afdeling 4. — Wijziging van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs

Art. 10. Wijziging van artikel 15 van het decreet betreffende het basisonderwijs

In artikel 15, § 1, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs wordt het tweede lid geschrapt zonder vervangen te worden.

In § 2, lid 2, wordt een laatste zin ingevoegd luidend als volgt :

« Bij gebreke van beslissing vanwege het schooltoezicht wordt de schoolverandering geacht goedgekeurd te zijn. »

Art. 11. Wijziging van artikel 30 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 30 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 30. Bedrag van de werkingstoelagen

§ 1. Voor de kleuterafdelingen belopen de werkingstoelagen 6.700 F per leerling.

Als teldag voor de berekening geldt de laatste schooldag van de maand september. Worden in aanmerking genomen de regelmatige leerlingen die tot die dag gedurende ten minste 10 schooldagen, ten belope van halve dagen, aanwezig waren.

§ 2. Voor de lagere scholen belopen de werkingstoelagen 9.000 F per leerling.

Als teldag voor de berekening geldt de laatste schooldag van de maand september. Worden in aanmerking genomen de regelmatige leerlingen en de leerlingen die krachtig moeten worden gesteund, bedoeld in artikel 29 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs, die een gewone lagere school bezoeken en ten minste 14 lestijden per week volgen.

§ 3. Voor de toezichten tijdens het middaguur, georganiseerd overeenkomstig artikel 77, § 1, verkrijgt de inrichtende macht per vestigingsplaats - voor de eerste begonnen groep van 75 regelmatige leerlingen - een vergoeding van 292 F voor de studiemeesters die houders zijn van een pedagogisch getuigschrift en van 219 F voor de studiemeesters die niet houders zijn van een pedagogisch getuigschrift.

Indien de school of, naargelang het geval, de vestigingsplaats meer dan 75 regelmatige leerlingen telt, heeft de inrichtende macht recht — voor elke verdere begonnen groep van 75 leerlingen — op een bijkomende toelage overeenstemmend met de bedragen vastgelegd in het eerste lid als zij bijkomende studiemeesters tot het toezicht tijdens het middaguur verplicht.

Als teldag voor de berekening geldt de laatste schooldag van de maand september. In aanmerking worden genomen de leerlingen bedoeld in §§ 1 en 2.

§ 4. De in de §§ 1 tot 3 vastgelegde bedragen van de werkingstoelagen worden jaarlijks in september verhoogd of verminderd volgens de ontwikkeling van het indexcijfer der consumptieprijzen.

Het indexcijfer van september 1998 (102,7) geldt als basisindexcijfer; het indexcijfer van de voorafgaande maand september wordt in aanmerking genomen om de aanpassing te berekenen. »

Art. 12. Wijziging van artikel 33 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 33 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 33. Oprichting van een lagere school

§ 1. Onverminderd artikel 6 van de wet van 30 juli 1963 houdende taalregeling in het onderwijs wordt een lagere school, wat het oprichtingsjaar betreft, vanaf de eerste dag van het schooljaar georganiseerd of gesubsidieerd, indien zij op de laatste schooldag van de maand september ten minste 75 regelmatige leerlingen van het lager onderwijs telt die aan de leerplicht onderworpen zijn.

Indien de lagere school de bepaalde norm niet bereikt, wordt ze vanaf 1 oktober gesloten resp. niet meer gesubsidieerd. In dit geval vallen de loon- en werkingskosten ontstaan tot het einde van de maand september ten laste van de inrichtende macht.

§ 2. Een lagere school opgericht overeenkomstig § 1 moet het tweede, derde en vierde jaar de bepaalde oprichtingsnorm bereiken. Als teldag geldt telkens de laatste schooldag van de maand januari van het voorafgaande schooljaar.

Indien de lagere school de bepaalde norm niet bereikt, wordt ze vanaf de eerste dag van het lopende schooljaar gesloten resp. niet meer gesubsidieerd. »

Art. 13. Wijziging van artikel 34 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 34, § 2, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende tekst :

« § 2. Een kleuterafdeling opgericht overeenkomstig § 1 moet het tweede, derde en vierde jaar de bepaalde oprichtingsnorm bereiken. Worden in aanmerking genomen de in § 1 vermelde leerlingen van het kleuteronderwijs die tijdens de maand januari van het voorafgaande schooljaar gedurende ten minste 5 schooldagen, ten belope van halve dagen, aanwezig waren.

Indien de kleuterafdeling de voorwaarde vastgelegd in het eerste lid niet vervult, wordt ze vanaf de eerste dag van het lopende schooljaar gesloten resp. niet meer gesubsidieerd. »

Art. 14. Wijziging van artikel 35 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 35 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 35. Sluiting en heropening van een lagere school

Onverminderd artikel 33 wordt een lagere school die op de laatste schooldag van de maand januari van het voorafgaande schooljaar geen 12 regelmatige leerlingen telt, vanaf de eerste dag van het lopende schooljaar gesloten resp. niet meer gesubsidieerd.

Onverminderd artikel 33 kan een gesloten resp. niet meer gesubsidieerde lagere school, vanaf het tweede en binnen 9 jaar na de sluiting, vanaf de eerste dag van het schooljaar weder geopend of gesubsidieerd worden, op voorwaarde dat zij op de laatste schooldag van de maand september 12 regelmatige leerlingen telt.

Indien de lagere school de overeenstemmende norm niet bereikt, wordt ze vanaf 1 oktober gesloten resp. niet meer gesubsidieerd. In dit geval vallen de loon- en werkingskosten ontstaan tot het einde van de maand september ten laste van de inrichtende macht. »

Art. 15. Wijziging van artikel 36 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 36 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 36. Sluiting en heropening van een kleuterafdeling

§ 1. Een kleuterafdeling die op de laatste schooldag van de maand januari van het voorafgaande schooljaar geen 6 leerlingen telt, wordt vanaf de eerste dag van het lopende schooljaar gesloten resp. niet meer gesubsidieerd.

Worden in aanmerking genomen de regelmatige leerlingen die hun woonplaats in de Duitstalige Gemeenschap hebben en die tijdens de maand januari gedurende ten minste 5 schooldagen, ten belope van halve dagen, aanwezig waren.

§ 2. Onverminderd artikel 34 kan een gesloten resp. niet meer gesubsidieerde kleuterafdeling vanaf het tweede en binnen 9 jaar na de sluiting, vanaf de eerste dag van het schooljaar weder geopend of gesubsidieerd worden, op voorwaarde dat zij op de laatste schooldag van de maand september ten minste 6 leerlingen telt.

Indien de kleuterafdeling de voorwaarde vastgelegd in het eerste lid niet vervult, wordt ze vanaf 1 oktober gesloten resp. niet meer gesubsidieerd. In dit geval vallen de loon- en werkingskosten ontstaan tot het einde van de maand september ten laste van de inrichtende macht.

Worden in aanmerking genomen de regelmatige leerlingen die hun woonplaats in de Duitstalige Gemeenschap hebben en die tot de laatste schooldag van de maand september gedurende ten minste 10 schooldagen, ten belope van halve dagen, aanwezig waren.

§ 3. In afwijking van § 1, lid 2 en § 2, lid 3, worden ook de leerlingen in aanmerking genomen die hun woonplaats in het ambtsgebied van een buitenlandse of binnenlandse publiekrechtelijke entiteit hebben, indien deze evenredig bijdraagt in de personeels- en werkingskosten die de Duitstalige Gemeenschap voor deze kleuterafdeling moet dragen; die kostenbijdrage moet in een geschreven overeenkomst vastgelegd zijn. »

Art. 16. Wijziging van artikel 38 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 38, § 1, lid 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende tekst :

« Elke school kan met één of meer andere scholen gefusioneerd worden. Fusies van scholen treden op de eerste dag van een schooljaar in werking zonder terugwerkende kracht. »

Art. 17. Wijziging van artikel 44 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 44, lid 2, wordt vervangen door de volgende tekst :

« Als teldag geldt de laatste schooldag van de maand januari van het voorafgaande schooljaar. »

Art. 18. Wijziging van artikel 45 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 45 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 45. Berekeningswijze

Volgende leerlingen worden opgeteld :

1° de regelmatige leerlingen van het kleuteronderwijs die tijdens de maand januari gedurende ten minste 5 schooldagen, ten belope van halve dagen, aanwezig waren;

2° de regelmatige leerlingen van het lager onderwijs;

3° de leerlingen die krachtig moeten worden gesteund, bedoeld in artikel 29 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs, die een gewone lagere school bezoeken en ten minste 14 lestijden per week volgen. »

Art. 19. Wijziging van artikel 49 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 49, lid 2, wordt vervangen door de volgende tekst :

« Als teldag voor de berekening geldt de laatste schooldag van de maand januari van het voorafgaande schooljaar. »

Art. 20. Wijziging van artikel 50 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 50 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 50. Berekeningswijze

De volgende leerlingen worden opgeteld :

1° de regelmatige leerlingen van het kleuteronderwijs die tijdens de maand januari gedurende ten minste 5 schooldagen, ten belope van halve dagen, aanwezig waren;

2° de regelmatige leerlingen van het lager onderwijs;

3° de leerlingen die krachtig moeten worden gesteund, bedoeld in artikel 29 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs, die een gewone lagere school bezoeken en ten minste 14 lestijden per week volgen. »

Art. 21. Wijziging van artikel 55 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 55 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling:

« Artikel 55. Teldag en in aanmerking genomen leerlingen

Als teldag voor de berekening geldt de laatste schooldag van de maand januari van het voorafgaande schooljaar.

Worden in aanmerking genomen de regelmatige leerlingen die tijdens de maand januari van het voorafgaande schooljaar gedurende ten minste 5 schooldagen, ten belope van halve dagen, aanwezig waren. »

Art. 22. Wijziging van artikel 56 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 56 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 56. Nieuwe berekening van het betrekkingenpakket in de loop van het schooljaar

§ 1. Het betrekkingenpakket wordt op de laatste schooldag van de maand september opnieuw berekend.

Worden in aanmerking genomen de regelmatige leerlingen van het kleuteronderwijs die tot de laatste schooldag van de maand september van het lopende schooljaar gedurende ten minste 10 schooldagen, ten belope van halve dagen, aanwezig waren.

§ 2. Op verzoek van de inrichtende macht wordt het betrekkingenpakket op de laatste schooldag van de maand maart opnieuw berekend.

Worden in aanmerking genomen de regelmatige leerlingen van het kleuteronderwijs, die tijdens de maand maart van het lopende schooljaar gedurende tenminste 10 schooldagen, ten belope van halve dagen, aanwezig waren. »

Art. 23. Wijziging van artikel 57 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 57 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 57. Aanwendingsduur

§ 1. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 53 tot 55 is beschikbaar voor het lopende schooljaar.

§ 2. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 53, 54 en 56, § 1 is beschikbaar vanaf 1 oktober tot de laatste dag van het lopende schooljaar voor zover het ten minste een voltijdse betrekking meer of minder telt dan het betrekkingenpakket waarop de inrichtende macht op de eerste schooldag recht had voor de betreffende vestigingsplaats.

In afwijking van het eerste lid kan de inrichtende macht reeds op de eerste schooldag gebruik maken van het in het eerste lid bedoelde leerlingepakket. Worden de inrichtende macht op grond van de nieuwe berekening minder betrekkingen ter beschikking gesteld dan het aantal dat zij op de eerste schooldag georganiseerd heeft, dan moet zij de overtollige betrekkingen op zich nemen.

§ 3. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 53, 54 en 56, § 2 is beschikbaar vanaf 1 april tot de laatste schooldag voor zover het ten minste een voltijdse betrekking meer telt dan het betrekkingenpakket waarop de inrichtende macht op 1 oktober recht had voor de betreffende vestigingsplaats. »

Art. 24. Wijziging van artikel 58 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 58 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 58. Aantal betrekkingen

Naargelang het aantal leerlingen verkrijgt de inrichtende macht het volgende aantal betrekkingen voor het lager onderwijs :

Leerlingen	Voltijdse betrekkingen
tot 15	1,25
16-20	1,5
21-25	2
26-30	2,25

en bijkomend 1/4 voltijdse betrekking voor elke begonnen groep van 5 leerlingen. »

Art. 25. Wijziging van artikel 60 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 60 van hetzelfde decreet wordt door de volgende bepaling vervangen :

« Artikel 60. Teldag en in aanmerking genomen leerlingen

Als teldag voor de berekening van het betrekkingenpakket geldt de laatste schooldag van de maand januari van het voorafgaande schooljaar.

Worden in aanmerking genomen de regelmatige leerlingen van het lager onderwijs alsmede de leerlingen die krachtig moeten worden gesteund, bedoeld in artikel 29 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs, die een gewone lagere school bezoeken en tenminste 14 lestijden per week volgen. »

Art. 26. Invoeging van een artikel 60bis in het decreet betreffende het basisonderwijs

In hetzelfde decreet wordt een artikel 60bis ingevoegd dat luidt als volgt :

« Artikel 60bis. Nieuwe berekening van het betrekkingenpakket in de loop van het schooljaar

Het betrekkingenpakket wordt op de laatste schooldag van de maand september opnieuw berekend.

Worden in aanmerking genomen de regelmatige leerlingen en de leerlingen bedoeld in artikel 29 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs, die een gewone lagere school bezoeken en ten minste 14 lestijden per week volgen. »

Art. 27. Wijziging van artikel 61 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 61 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 61. Aanwendingsduur

§ 1. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 58 tot 60 is beschikbaar voor het lopende schooljaar.

§ 2. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 58, 59 en 60bis is beschikbaar vanaf 1 oktober tot de laatste schooldag van het lopende schooljaar, voor zover het ten minste een voltijdse betrekking meer of minder telt dan het betrekkingenpakket waarop de inrichtende macht op de eerste schooldag recht had voor de betreffende vestigingsplaats.

In afwijking van het eerste lid kan de inrichtende macht reeds op de eerste schooldag gebruik maken van het in het eerste lid bedoelde leerlingenpakket. Worden de inrichtende macht op grond van de nieuwe berekening minder betrekkingen ter beschikking gesteld dan het aantal dat zij op de eerste schooldag georganiseerd heeft, dan moet zij deze betrekkingen op zich nemen. »

Art. 28. Wijziging van artikel 62 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 62, § 1, lid 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende tekst :

« Met uitzondering van het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 53, 54 en 56, § 2, kan het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig afdeling 3 van dit hoofdstuk van een school naar een andere, van een onderwijsniveau naar een ander, van een vestigingsplaats naar een andere, van een taalsectie naar een andere overgedragen worden. »

Art. 29. Wijziging van artikel 67 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 67 van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 67. Onverminderd artikel 70, § 1, leden 3 en 4, geldt als teldag voor de berekening van het aantal leerlingen de laatste schooldag van de maand september. De regelmatige leerlingen van het lager onderwijs worden in aanmerking genomen. »

Art. 30. Wijziging van artikel 70 van het decreet betreffende het basisonderwijs

Artikel 70, § 1, lid 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende twee leden :

« § 1. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de artikelen 65 tot 69 is beschikbaar vanaf 1 oktober van het lopende schooljaar tot 30 september van het daaropvolgende schooljaar.

In afwijking van het eerste lid kan de inrichtende macht reeds op de eerste dag van het schooljaar bijkomende cursussen godsdienst of niet-confessionele zedenleer organiseren; zij moet echter de cursussen op zich nemen die op 1 oktober niet meer beschikbaar zijn op grond van de nieuwe berekening. »

Art. 31. Invoeging van een artikel 84bis in het decreet betreffende het basisonderwijs

In hetzelfde decreet wordt een artikel 84bis ingevoegd dat luidt als volgt :

« Artikel 84bis. Overgangsbepaling m.b.t. de berekening van het betrekkingenpakket voor de cursussen godsdienst en niet-confessionele zedenleer

Voor het schooljaar 2000-2001 geldt, vanaf de eerste dag van het schooljaar tot 30 september, het betrekkingenpakket voor de cursussen godsdienst of niet-confessionele zedenleer waarop de inrichtende macht voor het schooljaar 1999-2000 recht had. »

Afdeling 5. — Wijziging van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs

Art. 32. Wijziging van artikel 34 van het organieke decreet

In artikel 34 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor het gewoon onderwijs, gewijzigd of ingevoegd door het decreet van 25 mei 1999, wordt na het tweede lid een nieuw lid ingevoegd luidend als volgt :

« In uitzonderlijke gevallen en in afwijking van het tweede lid kunnen de personen belast met de opvoeding, na de derde werkdag vóór het begin van het schooljaar, een met redenen omklede aanvraag om van school te veranderen bij het schooltoezicht indienen door bemiddeling van het schoolhoofd. Die aanvraag omvat het advies van het schoolhoofd. Het schooltoezicht beslist binnen de vijf dagen. De verandering van school mag slechts na goedkeuring plaatsvinden. Bij gebreke van beslissing vanwege het schooltoezicht wordt de aanvraag geacht goedgekeurd te zijn »

Afdeling 6. — Organisatie van pilootprojecten

Art. 33. Pilootprojecten in de derde graad van het secundair onderwijs

In het kader van een pilootproject kan de Regering aan een secundaire school een bepaald aantal uren toekennen, indien aan volgende voorwaarden wordt voldaan :

1° ten minste vier leerlingen moeten ingeschreven zijn;

2° de opleiding moet in samenwerking met een andere publiekrechtelijke rechtspersoon plaatsvinden. Ten minste 25% van de opleiding wordt door deze rechtspersoon georganiseerd en de Duitstalige Gemeenschap neemt geen personeelskosten op zich voor dat gedeelte;

3° de opleiding wordt in het kader van een zevende specialisatie- of vervolmakingsjaar van het technisch onderwijs aangeboden, dat overeenkomstig artikel 4, § 1, 3°, van het koninklijk besluit van 29 juni 1984 wordt georganiseerd;

4° het pilootproject mag in totaal niet langer dan twee schooljaren duren.

De Regering kan andere voorwaarden vastleggen.

Afdeling 7. — Verdeling van een deel van het lestijdenpakket bereikt door het Koninklijk Atheneum van Butgenbach in het schooljaar 1999-2000 onder de andere secundaire scholen van het gemeenschapsonderwijs

Art. 34. Verdeling van het lestijdenpakket van de secundaire afdeling van het Koninklijk Atheneum van Butgenbach

§ 1. Het lestijdenpakket bereikt in het schooljaar 1999-2000 voor het schooljaar 2000-2001 door de secundaire afdeling van het Koninklijk Atheneum van Butgenbach wordt in het lopende schooljaar en in de twee daaropvolgende schooljaren onder de andere secundaire scholen van het gemeenschapsonderwijs verdeeld, behalve :

1. de lestijden van de tijdelijk aangestelde personeelsleden van het Koninklijk Atheneum Butgenbach, die het gemeenschapsonderwijs verlaten;

2. de lestijden die de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs verkrijgen in het kader van bijzondere opdrachten tot het einde van het schooljaar 2003-2004 ingevolge van de sluiting van de secundaire afdeling.

Het hele lestijdenpakket, dat aan de secundaire scholen van het gemeenschapsonderwijs in de loop van de bovenvermelde drie schooljaren mag per schooljaar telkens het aantal van 4864 lestijden ingevolge van de in het eerste lid vermelde maatregel niet overschrijden.

§ 2. De in § 1 vermelde maatregel geldt voor de schooljaren 2001-2002 en 2002-2003, waarbij hoogstens 150 resp. 120 lestijden echter worden verdeeld.

§ 3. Niemand mag vastbenoemd worden in de overeenkomstig de §§ 1 en 2 toegekende bijkomende lestijden.

HOOFDSTUK III. — *Persoonsgebonden aangelegenheden*

Afdeling 1. — Hulpverlening aan de jeugd

Art. 35. Herhaalde maatregelen

In artikel 27, § 4, 2°, van het decreet van 20 maart 1995 over jeugdbijstand, ingevoegd door het decreet van 20 mei 1997, worden tussen de woorden "maatregel voor" en "een andere" de woorden "dezelfde of" ingevoegd.

Art. 36. Kostenbijdrage in geval van voorlopige maatregelen

In artikel 38 van hetzelfde decreet wordt tussen het tweede en het derde lid het volgende lid ingevoegd :

« In het kader van voorlopige maatregelen kan de jeugdrechter de kostenbijdrage van de jongere en van de onderhoudsplichtigen voorlopig vastleggen totdat de jeugdrechtbank over de zaak zelf beslist. Qua kostenbijdrage geldt de beslissing over de zaak zelf vanaf de eerste dag van de plaatsing. »

Afdeling 2. — Dienst voor gezinshulp

Art. 37. Diplomavereisten

Artikel 3 van het decreet van 26 juni 1986 tot regeling van de erkenning van de diensten voor gezins- en bejaardenhulp, van de toekenning van subsidies aan deze diensten en van de bijdragen van de beneficiant van de hulp, gewijzigd bij het decreet van 1 maart 1988 wordt aangevuld met het volgende lid :

« Op met redenen omklede aanvraag van de dienst kan de Regering een afwijking toekennen aan de in 4° vermelde diplomavereisten. Nieuwe aanstellingen kunnen in voorkomend geval slechts na de toekenning geschieden. »

Afdeling 3. — Openbare centra voor maatschappelijk welzijn

Art. 38. Wedde van de voorzitters van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn

Artikel 38, lid 1, van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, vervangen bij de wet van 5 augustus 1992 en gewijzigd bij het decreet van 2 mei 1995 wordt vervangen door de volgende bepaling :

« De wedde, het vakantiegeld en de eindejaarspremie alsmede de socialezekerheidsregeling van de voorzitter worden door de Regering vastgesteld. Zij mogen niet gunstiger zijn dan die van de schepenen van de gemeente waar de zetel van het openbaar centrum gevestigd is. De Regering kan de voorwaarden en modaliteiten voor de toekenning ervan bepalen. »

HOOFDSTUK IV. — *Culturele aangelegenheden*

Afdeling 1. — Sport

Art. 39. Inrichtende machten van sportinrichtingen die recht hebben op toelagen

In artikel 3, lid 2, van het decreet van 17 februari 1992 houdende erkenning van sportinrichtingen en subsidiëring van hun werkingskosten, gewijzigd bij het programmadecreet van 4 maart 1996, worden de woorden "gemeenten en" tussen de woorden "uitsluitend de" en "verenigingen" ingevoegd.

Art. 40. Subsidiëring van sportmateriaal

Artikel 6, lid 2, van het decreet van 20 januari 1992 houdende verlening van toelagen voor de aanschaffing van sportmateriaal wordt vervangen door de volgende tekst :

« De aanvrager moet de aanvraag drie offertes bijvoegen wanneer de prijs van het sportmateriaal 200.000 F overschrijdt, zo niet is één offerte voldoende".

Art. 41. Beperving van de aanneembare uitgaven voor de subsidiëring van lokale sportraden, sportbonden en sportgemeenschappen

In artikel 6, § 2, 2°, van het decreet van 17 februari 1992 houdende erkenning en subsidiëring van lokale sportraden, sportbonden en sportgemeenschappen worden de woorden "en die ten hoogste 50.000 F bedragen," tussen de woorden "artikel 3" en "indien deze" ingevoegd.

Art. 42. Subsidiëerbare uitgaven voor sportverenigingen en -organisaties voor minder-validen

Artikel 3 van het decreet van 22 juni 1993 houdende erkenning en subsidiëring van sportverenigingen en -organisaties alsmede van een sportfederatie voor minder-validen wordt aangevuld met de volgende bepaling : "de huurprijzen die noodzakelijk zijn voor de oefeningen".

*Afdeling 2. — Toerisme***Art. 43.** Werkingstoelagen voor de V.V.V.-kantoren

In artikel 4, 2°, van het reglementair besluit van 16 juni 1980 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder verenigingen voor vreemdelingenverkeer of voor toerisme van het Duitse taalgebied worden erkend en werkingstoelagen kunnen bekomen, gewijzigd bij het programmadecreet van 20 mei 1997, wordt de passus „, die 60 % van de beschikbare middelen niet mag overschrijden“ geschrapt.

Art. 44. Premies voor vakantiewoningen

Artikel 6, § 1, lid 4, van het decreet van 23 november 1992 betreffende de vakantiewoningen, ingevoegd door het programmadecreet van 20 mei 1997, wordt opgeheven.

Art. 45. Wijziging van artikel 36 van het decreet van 9 mei 1994

In het decreet van 9 mei 1994 over de logiesverstreckende inrichtingen en hotelinrichtingen worden in artikel 36, lid 3, de woorden „vijf jaar“ door de woorden „tien jaar“ vervangen.

*Afdeling 3. — Cultuur***Art. 46.** Beperking van de uitrustingsstoelagen

Artikel 6 van het reglementair besluit van 4 februari 1980 tot vaststelling van de voorwaarden voor toekenning van toelagen voor de aankoop van uitrustingsvoorwerpen, die tot de uitoefening van een culturele activiteit dienen en niet tot een infrastructuur behoren, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 6. Binnen de perken van de ter beschikking gestelde begrotingsmiddelen worden de uitrustingsstoelagen ten hoogste op 50 % van de uitgaven vastgelegd, die op grond van een verslag opgesteld door de bevoegde afdeling van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap mogen worden aangerekend. »

Art. 47. Aantal kostenramingen

Artikel 7, lid 3, b), van hetzelfde reglementair besluit wordt vervangen door de volgende passus :

« b) drie kostenramingen wanneer de prijs van de uitrustingsvoorwerpen 200.000 F bereikt, zo niet is één kostenraming voldoende. »

Art. 48. Artikel 8 van hetzelfde reglementair besluit wordt opgeheven.**Art. 49.** Wijziging van het decreet van 23 maart 1992

In het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende musea, creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten, wordt een artikel 10bis ingevoegd luidend als volgt :

« Artikel 10bis. Een activiteitenverslag oefent slechts een invloed uit op het aantal animatoren die gesubsidieerd kunnen worden, indien het dienovereenkomstig aantal activiteiten of openingsuren tijdens twee opeenvolgende jaren wordt gepresteerd.

Deze wijziging wordt vanaf 1 januari van het jaar volgend op het indienen van het beslissende activiteitenverslag in aanmerking genomen. »

Art. 50. Opheffing van artikel 10 van het besluit van de Executieve van 6 juli 1992

Artikel 10 van het besluit van de Executieve van 6 juli 1992 tot uitvoering van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende musea, creatieve ateliers, gewestelijke organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten, wordt opgeheven.

Art. 51. Uitrustingsvoorwerpen voor de uitoefening van amateurkunst

Artikel 6, lid 3, b), van het decreet van 18 april 1995 tot vaststelling van de toelagenregeling voor de aankoop van uitrustingsvoorwerpen door federaties en verenigingen voor de uitoefening van amateurkunst wordt vervangen door de volgende tekst :

« b) drie offertes, wanneer de prijs van de uitrusting 200.000 frank bereikt, zo niet is één offerte voldoende”.

*Afdeling 4. — Media***Art. 52.** Leden met raadgevende stem bij de Mediaraad

In artikel 51, § 3, van het decreet over de media van 26 april 1999 worden de woorden „alsmede een mannelijke of vrouwelijke plaatsvervangende afgevaardigde“ na de woorden „met raadgevende stem“ ingevoegd.

Art. 53. Invoeging van een nieuw artikel in het decreet over de media

In het decreet over de media van 26 april 1999 wordt een artikel 65bis ingevoegd dat luidt als volgt :

« Artikel 65bis. Elke persoon die toestellen, toestellen-onderdelen of computerprogramma's vervaardigt, ontwerpt, inkoop, verhuurt, installeert, onderhoudt, vervangt, in haar bezit heeft met winstgevendende doeleinden of het op de markt brengen ervan op enigerlei wijze bevordert, wordt met een geldboete van 100 tot 100.000 frank gestraft, indien die persoon ernaar streeft :

1. de toegang tot een omroepdienst mogelijk te maken, die uitsluitend via een systeem voor voorwaardelijke toegang wordt aangeboden;
2. bedrijfelijk televisieprogramma's te ontvangen die via een kabelnet worden uitgezonden.

Elke persoon die de in het eerste lid vermelde toestellen, toestellen-onderdelen of computerprogramma's koopt, huurt of bezit met het in hetzelfde lid, punten 1 en 2, bedoelde doeleinde, wordt ook gestraft met een geldboete van 100 tot 100.000 frank. »

*HOOFDSTUK V. — Europese structuurfondsen***Art. 54.** Betalingen voor projecten uitgevoerd in het kader van de Europese structuurfondsen

Met het oog op de financiering van projecten in het kader van Europese structuurfondsen voor de periode van 2000 tot 2006 kan de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, voorschotten, tussentijdse betalingen en saldobetalingen als bijdragen toekennen aan de inrichtende machten van projecten.

De voorschotten en de tussentijdse betalingen bedragen telkens ten hoogste 40 % van de in het begrotingsontwerp geraamde opeisbare uitgaven. De tussentijdse betalingen kunnen ten vroegste na afloop van een derde van de door het project gedekte periode gestort worden.

HOOFDSTUK VI. — *Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap*

Art. 55. Pensioen

De Regering kan de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap ertoe machtigen, deel te nemen aan de pensioensregeling ingevoerd door de wet van 28 april 1958 betreffende het pensioen van het personeel van zekere organismen van openbaar nut alsmede van hun rechthebbenden.

HOOFDSTUK VII. — *Wijziging van het decreet van het Waalse Gewest van 16 juli 1998 betreffende de voorwaarden waaronder de inschakelingsbedrijven worden erkend en gesubsidieerd en van het decreet van het Waalse Gewest van 18 juli 1997 houdende creatie van een doorstromingsprogramma*

Art. 56. Aanpassing van de definities in het decreet betreffende de inschakelingsbedrijven aan de situatie in de Duitstalige Gemeenschap

Artikel 1 van het decreet van het Waalse Gewest van 16 juli 1998 betreffende de voorwaarden waaronder de inschakelingsbedrijven worden erkend en gesubsidieerd wordt vervangen als volgt :

1° lid 1, 2° wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 2° het bestuur : de afdeling van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake Werkgelegenheid; »;

2° in lid 1, 3° en in lid 4 worden de woorden "in het Waalse Gewest" vervangen door de woorden "in het Duitse taalgebied";

3° in lid 1, 4°, lid 2, 1°, 3° en 6° en in lid 3 wordt het woord "FOREM" vervangen door de woorden "Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap";

4° lid 2, 5° wordt vervangen door de volgende bepaling :

« 5° elke persoon die in de loop van de zes maanden vóór zijn aanwerving een opleiding heeft gevolgd in een door de Duitstalige Gemeenschap erkend centrum voor beroepsopleiding door de arbeid; ».

Art. 57. Aanpassing van de erkenningsvoorwaarden

Artikel 2 van het decreet wordt vervangen als volgt :

1° 1° wordt opgeheven;

2° in 2° worden de woorden "in het Waalse Gewest" vervangen door de woorden "in het Duitse taalgebied";

3° in 10° worden de woorden "alsmede de verbintenissen voortvloeiend uit het statuut van vennootschap met een sociaal doel" geschrapt.

Art. 58. Opheffing van de Commissie voor de erkenning van inschakelingsbedrijven

Artikel 3 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 59. Overdracht van opdrachten aan de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap

In artikel 4 van hetzelfde decreet worden de woorden "De Commissie" vervangen door de woorden "De Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap. »

Art. 60. Overdracht van opdrachten aan de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap

Artikel 6 van hetzelfde decreet wordt gewijzigd als volgt :

1. In lid 4 worden de woorden "van de Commissie" vervangen door de woorden "van de de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap".

2. In lid 6 worden de woorden "aan de in artikel 3 bedoelde Commissie" vervangen door de woorden "aan de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 61. Overdracht van opdrachten aan de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap

In artikel 7, lid 5, worden de woorden "aan de in artikel 3 bedoelde Commissie" vervangen door de woorden "aan de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 62. Overdracht van opdrachten aan de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap

In artikel 12, lid 1, worden de woorden "aan de in artikel 3 bedoelde Commissie" vervangen door de woorden "aan de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 63. Aanpassing van de voorwaarden voor de subsidiëring van de inschakelingsbedrijven

Artikel 10 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

1° in lid 2 worden de woorden "op degressieve wijze" geschrapt;

2° het volgende lid wordt ingevoegd : "In bijzonder gerechtvaardigde gevallen kan de Regering, op grond van de gegevens vermeld in de erkenningsaanvraag, van de bedragen vermeld in voorafgaand lid afwijken".

Art. 64. Aanpassing van de premies

Artikel 11 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

1° in § 1, lid 2 en § 2 wordt het woord "degressieve" geschrapt;

2° § 1 wordt met het volgende lid aangevuld : "In bijzonder gerechtvaardigde gevallen kan de Regering, op grond van de gegevens vermeld in de erkenningsaanvraag, van de bedragen vermeld in voorafgaand lid afwijken".

Art. 65. Controle van de inschakelingsbedrijven

Artikel 13, lid 2, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« De begroting en de rekeningen van de inschakelingsbedrijven worden onderworpen aan de controle van de ten einde door de Regering aangewezen ambtenaren van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap. »

Art. 66. Aanpassing van de diplomavereisten in het doorstromingsprogramma

In artikel 2 van het decreet van het Waalde Gewest van 18 juli 1997 houdende creatie van een doorstromingsprogramma, gewijzigd door het decreet van 16 juli 1998, wordt een § 1bis ingevoegd dat luidt als volgt :

« § 1bis. Voor volledig uitkeringsgerechtigde werklozen van ten minste 25 jaar kan de Regering in bijzonder gerechtvaardigde gevallen van het in § 1 bepaalde diplomavereiste afwijken. »

Art. 67. HOOFDSTUK VIII. — *Onverenigbaarheden***Art. 68.** Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap

Artikel 9, § 2, lid 1, van het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het decreet van 16 oktober 1995, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« De hoedanigheid van lid van de Raad is onverenigbaar met die van lid van het Europees Parlement, van de Kamer van volksvertegenwoordigers, van de Senaat, van een Gewest- of Gemeenschapsraad of van een Regering; bovendien is ze ook onverenigbaar met die van provinciegouverneur, van medewerker bij een ministerieel kabinet of van personeelslid van het Centrum. »

Art. 69. Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap

Artikel 8 van het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap) wordt aangevuld met het volgende lid :

« De hoedanigheid van lid van de Raad van Bestuur is onverenigbaar met die van lid van het Europees Parlement, van de Kamer van volksvertegenwoordigers, van de Senaat, van een Gewest- of Gemeenschapsraad of van een Regering; bovendien is ze ook onverenigbaar met die van provinciegouverneur, van medewerker bij een ministerieel kabinet of van personeelslid van de Dienst. »

Art. 70. Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's

Artikel 18, § 5, van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO's wordt vervangen als volgt :

« § 5. De hoedanigheid van stemgerechtigd lid van de raad van beheer is onverenigbaar met die van lid van het Europees Parlement, van de Kamer van volksvertegenwoordigers, van de Senaat, van een Gewest- of Gemeenschapsraad of van een Regering; bovendien is ze ook onverenigbaar met die van provinciegouverneur, van medewerker bij een ministerieel kabinet of van personeelslid van het Instituut. »

Art. 71. Koninklijke Commissie van de Duitstalige Gemeenschap voor de bescherming van monumenten en landschappen

Artikel 1, lid 2, van het decreet van 14 maart 1994 betreffende de Koninklijke Commissie van de Duitstalige Gemeenschap voor de bescherming van monumenten en landschappen

wordt vervangen als volgt :

« De hoedanigheid van lid van de Commissie is onverenigbaar met die van lid van het Europees Parlement, van de Kamer van volksvertegenwoordigers, van de Senaat, van een Gewest- of Gemeenschapsraad, van een Regering, van de provincieraad, van een gemeenteraad of van de bestendige deputatie van de provincieraad; bovendien is ze ook onverenigbaar met die van provinciegouverneur, van medewerker bij een ministerieel kabinet of van personeelslid van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap. »

Art. 72. Mediaraad

Artikel 52, lid 2, van het decreet over de media van 26 april 1999 wordt vervangen als volgt :

« De hoedanigheid van lid van de Raad is onverenigbaar met die van lid van het Europees Parlement, van de Kamer van volksvertegenwoordigers, van de Senaat, van een Gewest- of Gemeenschapsraad of van een Regering; bovendien is ze ook onverenigbaar met die van provinciegouverneur, van medewerker bij een ministerieel kabinet of van personeelslid van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap. »

Art. 73. Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap

Artikel 6, § 5, van het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een Dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap wordt vervangen als volgt :

« § 5. De hoedanigheid van lid met beraadslagende stem van de beheerraad is onverenigbaar met die van lid van het Europees Parlement, van de Kamer van volksvertegenwoordigers, van de Senaat, van een Gewest- of Gemeenschapsraad of van een Regering; bovendien is ze ook onverenigbaar met die van provinciegouverneur, van medewerker bij een ministerieel kabinet of van personeelslid van de Dienst voor arbeidsbemiddeling. »

HOOFDSTUK IX. — *Inwerkingtreding***Art. 74.** Artikel 39 heeft uitwerking op 1 januari 1999.

De artikelen 8, 9 en 11 hebben uitwerking op 1 september 1999.

De artikelen 49, 50 en 55 hebben uitwerking op 1 januari 2000.

De artikelen 4, 5, 6, 7, 33 en 34 hebben uitwerking op 1 september 2000.

De artikelen 2 en 3 treden in werking op 1 januari 2001.

De artikelen 10 en 12 tot en met 32 treden in werking op 1 september 2001.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 23 oktober 2000.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport.

B. GENTGES,

Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme.

H. NIESSEN,

Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden.